

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2015



**Einkommengrenzen 2015**  
**Sowjetische Speziallager**  
**Das Kartell des Schweigens**

## Aktuell

- 3 Ehrenbürgerschaft  
Rückschritt in Brandenburg  
Neue Aufgaben für Landesbeauftragte  
Kunstwettbewerb

## Recht

- 4 Einkommensgrenzen 2015

## International

- 5 Nord-Korea: Armee ohne Minister  
Kommunistische Verbrechen verfolgt  
Aufruf

## Thema

- 6 Vor 70 Jahren eingerichtet: Sowjetische Speziallager
- 7 Die nüchterne Wahrheit des Endes

## Aufarbeitung

- 9 Das Kartell des Schweigens

## Berichte

- 12 70 Jahre nach Kriegsende  
Demokratie bleibt Herausforderung
- 13 Belter-Dialoge 2015  
Tore zur Freiheit
- 17. Juni – Gedenktag für die Opfer des Kommunismus

## Verbände

- 14 Neue UOKG-Wanderausstellung  
Stärkere Würdigung gefordert  
Suchanzeige
- 15 Ein Ehrenbürger von Fürstenwalde  
Abschied

## Service/Bücher

- 16 Brachiale Gewalt gegen Frauen
- 17 Hinter vorgehaltener Hand  
Uran für die Sowjetunion  
Überleben im Gulag
- 18 Workuta – Stadt der lebenden Toten  
Stalins Nomaden  
Auftrag: Menschenraub
- 19 Ein Piratenstück  
DDR-Heft erschienen

## Service/Veranstaltungen

- 17–19

## Umschlagbild

Installation der Tschechischen Künstlergruppe Poda Bal auf dem Platz vor dem Haupteingang des Europäischen Parlaments in Brüssel. Die Arbeit soll erinnern an die ungesühnten Verbrechen kommunistischer Regime gegen die Menschlichkeit (s.S. 5).

Foto: Michael M. Schulz

# Angst

## Von Horst Schüler

Glaub nur nicht, du hättest es überwunden. Keine Alpträume mehr, keine Schreckensnächte, die grausame Vergangenheit – hat sie dich endlich losgelassen? Laß dich nicht täuschen, sie wird dich weiter quälen, auch wenn sie dich mal ein paar Wochen, vielleicht sogar Monate, in Ruhe gelassen hat. Doch endgültig verschont bleibt keiner. Vor ein paar Nächten war's mal wieder so weit, da standen sie vor der Tür, und alles begann von vorn – Verhaftung, Verhöre, Tribunal, Lager, Hunger, die Schinderei im Schacht, das ganze Elend. Irgendwann Aufwachen, schweißgebadet, man braucht eine Weile, ehe sich Traum und Wirklichkeit trennen. Ein Blick auf die Uhr, es sind nur Minuten vergangen, doch sie kommen dir wie Jahre vor, und dann bist du ja den Schrecken längst nicht los, dann liegst du wach, und neben dir lauern die Erinnerungen, und du fürchtest dich vor dem Einschlafen, weil du Angst hast, daß sie dich dann begleiten werden.

Warum diese dich immer wieder heim-suchende Angst? Warum werden wir die schrecklichen Jahre nicht los, sie liegen doch nun schon länger als ein halbes Menschenleben zurück? Gibt es nicht mal ein Vergessen? Die Antwort liegt wohl im psychischen Teil unseres Daseins: Wenn du eine lange Zeit ausschließlich in Angst gelebt hast, wenn Angst Teil deines Lebens geworden ist, dann wird sie auch Teil deines Lebens bleiben. Und so war es doch damals, irgendwie steckte die Angst ständig in uns, mal riesengroß, mal ein wenig kleiner, doch sie war stets in uns, in jeder Minute. Wir hatten Angst vor den Verhören, hatten Angst, in der Todeszelle zu landen, hatten Angst, nie wieder nach Deutschland zu kommen, nie wieder unsere Angehörigen zu sehen, irgendwo in dieser schrecklichen Tundra begraben zu werden.

Nun ja, Glück gehabt, wenn auch längst nicht alle. Also wieder in Deutschland, wieder bei unseren Familien, wieder ein „normales“ Leben. Aber so richtig „nor-

mal“ ist unser Leben ja doch nicht, zu oft stoßen wir an Ecken, die uns an die Jahre des Leidens erinnern. Wenn zum Beispiel manche Historiker den stalinistischen Terror als eine Art „Betriebsunfall“ einer im Grunde richtigen Idee darstellen. Wenn Politiker demokratischer Parteien darüber streiten, ob denn nun die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht. Wenn wir immer wieder vergeblich fordern, daß die deutsche Nachkriegsgeschichte verbindlich und in allen Bundesländern in den Lehrplänen der Schulen aufgenommen wird.

Vor allem aber, wenn wir uns damit abfinden müssen, daß Lenins ideologische Kinder frisch und fröhlich so tun, als seien nicht viele hundert Menschen an den Grenzen ihres Staates erschossen worden, nur weil sie in Freiheit leben wollten. Als seien ihre Gefängnisse nicht randvoll mit Frauen und Männern gewesen, die sich gegen den staatlichen Terror wehrten. Als hätten die Schergen ihres Staates nicht gegen ihre eigene Verfassung verstoßen, indem sie ein paar tausend dieser politischen Häftlinge dem sowjetischen Gulag auslieferten.

Ach, wenn es man nur das wäre. Nein, wir müssen es sogar erdulden, daß sie in unseren Parlamenten sitzen, in Landesregierungen, daß sie ihrer Partei einfach einen anderen Namen geben, was dann prompt ausreicht, nicht nur wahlfähig zu werden, sondern auch als Koalitionspartner zu gelten. Und mit Verlaub: Es kotzt uns an, daß kaum eine Talk-Runde auf Gregor Gysi oder Sahra Wagenknecht verzichtet, letztere einmal Angehörige der kommunistischen Plattform, seit 2010 allerdings läßt sie ihre Mitgliedschaft dort ruhen. Ehemalige politische Häftlinge des Kommunismus jedoch wird man in keiner dieser Gesprächsrunden finden.

Glaubt also nur nicht, wir würden unsere Alpträume loswerden. Es gibt Gespenster in Hülle und Fülle, die dafür sorgen, daß sie uns bis ans Lebensende quälen dürfen.

## Ehrenbürgerschaft

(st) Bei einer Gedenkfeier für die Opfer des NKWD-Lagers Tost am 16. Mai verliehen der Bürgermeister und der Stadtrat der polnischen Gemeinde Toszek Sybille Krägel von der Initiative „NKWD-Lager Tost/Oberschlesien“ als erster Deutschen die Ehrenbürgerschaft der Stadt (s.S. 12).

Sybille Krägel hatte nach 1989 zunächst begonnen, die Geschichte ihres Vaters aufzuarbeiten, der 1945 im Lager Tost umgekommen war. Im Laufe der Zeit stellte sie eine Datenbank mit mehr als 4500 Personendaten von Opfern des Lagers zusam-

men. Sie organisierte zahlreiche Gedenkfahrten nach Toszek, wo sie gemeinsam mit dem dortigen deutschen Freundeskreis eine kleine Gedenkstätte einrichtete, um der mehr als 3000 in einem Massengrab bestatteten Opfer zu gedenken.

Die Ehrenbürgerschaft, sagte Bürgermeister Grzegorz Kupczyk, sei ein Ausdruck der Dankbarkeit für „die Geltendmachung der Wahrheit, die Verbreitung des historischen Wissens und die Erinnerung an den Ort, der ein Symbol menschlichen Leidens ist.“

## Kunstwettbewerb

(mrz) Zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit hat das Menschenrechtszentrum Cottbus zu einem Kunstwettbewerb unter dem Motto „Ich sehe es anders“ aufgerufen. Junge Menschen zwischen zwölf und 25 Jahren sollen sich mit dem Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit, in ihrer Umgebung sowie in der Welt auseinandersetzen und ihre Gedanken, aber auch Forderungen in Bild- oder Textbeiträgen kreativ umsetzen.

Beispielhaft wird während des Wettbewerbs das Zuchthaus Cottbus als authentischer Ort stehen. Hier waren viele Menschen inhaftiert, die für ihre Meinung in der DDR verfolgt und verhaftet wurden. Deshalb bietet das Menschenrechtszentrum Cottbus im Rahmen des Wettbewerbs für Gruppen, z.B. Schulklassen, thematische Veranstaltungen und Kreativ-Workshops in der heutigen Gedenkstätte an. Die Teilnehmer können mit den Zeitzeugen, den ehemaligen politischen Häftlingen und DDR-Oppositionellen, ins Gespräch kommen und das einstige Gefängnis besichtigen. Hierbei werden die Fragen im Mittelpunkt stehen, wie Andersdenkende ihre Meinungsfreiheit in der DDR eingefordert haben und wie der SED-Staat mit Regimekritikern und Gegnern umgegangen ist.

Jugendliche aus Cottbus und Umgebung sind aufgerufen, ihre Gedanken, Erkenntnisse, Ideen und Forderungen zum Thema Meinungsfreiheit kreativ in Bildern, Collagen, Zeichnungen, Grafiken oder Prosatexten, Gedichten und Essays umzusetzen. Sie können bis zum 16. Juli 2015 per Post oder digital beim Menschenrechtszentrum eingereicht werden. Die besten Arbeiten werden von einer Fachjury im September 2015 ausgezeichnet.

## Rückschritt in Brandenburg

(rp) Die brandenburgische Aufarbeitungsbeauftragte Ulrike Poppe hat die geplante Abschaffung von Lehrern für die pädagogische Zusammenarbeit zwischen Gedenkstätten und Schulen kritisiert. „Die Arbeit der Gedenkstättenlehrer hat bisher für sehr gut vorbereitete und durchgeführte Gedenkstättenbesuche von Schulklassen geführt. Die Lehrkräfte stehen in kontinuierlicher Verbindung mit den Schulen in der Region, sind mit den Lehrplänen und schulischen Strukturen vertraut und entwickeln Angebote, die für jeweilige Klassenstufen geeignet sind“, sagte sie.

Das Land Brandenburg gehörte zu den Vorreitern bei der Einführung von Gedenkstättenlehrern. Diese arbeiten nicht nur in den Schulen, sondern in der Regel fünf oder zehn Stunden in der Woche an den Gedenkstätten, wo historisches Wissen auf ganz besonders anschauliche Weise unter Einbeziehung von Zeitzeugen vermittelt wird. Sie sind zugleich Vertrauenspersonen für die Verfolgten

der kommunistischen Diktatur, die dort als Zeitzeugen mit ihren persönlichen Lebensgeschichten den Schülerinnen und Schülern einen anderen Blick auf die Geschichte der DDR vermitteln.

2014 empfahl die Enquetekommission des brandenburgischen Landtags „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, die Gedenkstättenbesuche von Schulklassen auszubauen und die Gedenkstättenlehrer zu stärken. Statt dessen aber beabsichtigt Minister Baaske nun deren Reduzierung oder auch vollständige Abschaffung. Dies stehe in völligem Widerspruch zu den einstimmig beschlossenen Empfehlungen der Enquetekommission, erklärte Ulrike Poppe. Sie legte der Landesregierung und dem Parlament nahe, alles zu tun, um die Angebote für Schülerinnen und Schüler zur Auseinandersetzung mit der Diktaturgeschichte aufrechtzuerhalten.

## Neue Aufgaben für Landesbeauftragte

(mz) Die schwarz-rote Koalition im Magdeburger Landtag hat sich auf neue Aufgaben für die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen verständigt. Künftig soll Amtsinhaberin Birgit Neumann-Becker für die Aufarbeitung der SED-Diktatur insgesamt zuständig sein. Die Fraktionschefs von CDU und SPD hätten einen entsprechenden Gesetzentwurf unterzeichnet, berichtete die „Magdeburger Volksstimme“. Ziel sei, das Gesamtsystem staatlicher Repressions- und Verfolgungspolitik zu erfassen.

Die Unrechtserfahrungen nach 1945 gingen über die Staatssicherheit hinaus, sie sollten gleichermaßen aufgearbeitet werden.

Die Landesbeauftragte soll darüber hinaus nicht mehr an das Justizministerium angebunden sein, sondern an den Landtag. Mehr Geld für die Behörde ist allerdings nicht vorgesehen. Der Landtag wird sich voraussichtlich im Herbst mit dem Gesetzentwurf befassen.

### Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Rieser Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.



# Einkommengrenzen 2015

Wie in der vorigen Ausgabe bereits angekündigt, wegen der großen Nachfrage hier einige Hinweise zur Regelbedarfsstufe 1 (früher Eckregelsatz), die maßgeblich ist für die Bemessung der Einkommengrenzen bei Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, der Opferrente, und den Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

Die Opferrente beläuft sich seit dem 1. Januar 2015 auf monatlich bis zu 300 Euro und wird ausschließlich auf Antrag gewährt. Die Zahlung erfolgt monatlich im voraus, beginnend mit dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat. Der Anspruch darauf ist unpfändbar, nicht übertragbar und nicht vererbbar. Voraussetzung dafür ist der Besitz einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz oder einer strafrechtlichen Rehabilitierung. Nach jetziger Rechtsprechung kann die Opferrente auch dann beantragt werden, wenn die strafrechtliche Rehabilitierung noch nicht vorliegt. Der Anspruch auf Gewährung bzw. Nachgewährung der Opferrente besteht dann ebenfalls ab dem auf den Tag der Antragstellung folgenden Monat.

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 399 Euro für das Jahr 2015 ändert sich auch die Höhe des für die Einkommengrenze maßgeblichen Grundbetrages. Deshalb gelten Berechtigte im Sinne des Gesetzes als in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt, wenn das ermittelte Einkommen die

Einkommengrenzen – derzeit bei Alleinstehenden von 1197 Euro (dreifache Regelbedarfsstufe 1) und bei Verheirateten, in Lebenspartnerschaft u.ä. Lebenden von 1596 Euro (vierfache Regelbedarfsstufe 1) – nicht übersteigt. Die Bedürftigkeitsprüfung erstreckt sich ausschließlich auf das Einkommen des Berechtigten und nicht auf das seines Partners. Bei Berechtigten, die Renten oder rentenähnliche Bezüge erhalten, werden bei der Fest-

Höhe von bis zu 214 Euro, Rentner bis maximal 153 Euro. Ob und in welcher Höhe diese gezahlt werden, ist abhängig vom monatlichen Nettoeinkommen des Berechtigten bzw. der Familie. Die Einkommengrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, dem noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft, z.B. Miete und Heizkosten, hinzuzurechnen sind. Der Grundbetrag für den Berechtigten selbst errechnet sich aus der zweifachen Regelbedarfsstufe 1 in Höhe von 798 Euro, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten aus 80 Prozent von 100, also

## Hinweis

Alle, die einen politischen Hafthintergrund haben, sollten auch die berufliche Rehabilitierung beantragen. Noch immer liegt die Zahl der bisher gestellten Anträge erheblich unter jener auf strafrechtliche Rehabilitierung.

Die berufliche Rehabilitierung wird in der Regel zumindest für die Dauer der politischen Haft gewährt, das heißt u.a., daß die Haftzeit nicht nur als Ersatzzeit bei der Rentenberechnung zu Buche schlägt.

E. Weise

stellung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit, anders als bei Arbeitnehmern, diese außer Betracht gelassen.

Nicht zum Einkommen gehören u.a. Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und Renten wegen haftbedingter Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz. Berufsschadensausgleich ist Einkommensersatz. Übersteigt das zu berücksichtigende Einkommen die maßgebliche Einkommengrenze um einen geringeren Betrag als 300 Euro, erhält der Berechtigte die Zuwendung in Höhe des Differenzbetrages.

Mit der Anpassung auf 399 Euro ändert sich ebenfalls die Höhe des für die Einkommengrenzen maßgeblichen Grundbetrages für die Zahlung von Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

**Wichtig:** Die Beantragung von Ausgleichsleistungen kann nur Erfolg haben bei Vorliegen einer beruflichen Rehabilitierungsbescheinigung, und die bescheinigte Verfolgungszeit muß grundsätzlich mindestens drei Jahre betragen oder mindestens bis zum 2. Oktober 1990 angehalten haben.

Berechtigte mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland erhalten seit dem 1. Januar 2015 monatliche Ausgleichsleistungen in

638,40 Euro. Der Gesamtgrundbetrag für ein Ehepaar beläuft sich somit auf 1436,40 Euro. Für jedes zum Haushalt gehörende minderjährige Kind kommen noch 50 Prozent der Regelbedarfsstufe 1, also 199,50 Euro hinzu.

Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Grenze um einen Betrag, der geringer ist als die Höhe der Ausgleichsleistungen, werden letztere nur in Höhe des Differenzbetrages gewährt.

Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert, einschließlich der Zinsen für Sparguthaben u.ä. Nicht zum Einkommen im Sinne des Gesetzes gehören u.a. die Grundrente für haftbedingte Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz (nicht aber Berufsschadensausgleich) und die Opferrente.

Ausgleichsleistungen dürfen auch nicht bei anderen Sozialleistungen, deren Gewährung vom Einkommen abhängig ist, als Einkommen gewertet werden.

Die im Einzelfall von den Sozialämtern ermittelten Einkommengrenzen sind genau zu prüfen. Bei Nichtgewährung der Ausgleichsleistungen bzw. bei Gewährung eines Differenzbetrages bitte beraten lassen unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin  
BSV-Förderverein für Beratungen

*Wenn es eine Frage des Geldes ist,  
hat jeder dieselbe Religion.*

Voltaire

Aber nicht dieselbe Zeitung.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

## Nord-Korea: Armee ohne Minister

Der 66jährige Hyon Yong-chol war als Verteidigungsminister der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ einer der wichtigsten Männer des Regimes. Seit fünf Jahren gehörte er dem Zentralkomitee der (Staats-)„Partei der Arbeiter“ an und rückte 2013 sogar in dessen Politbüro auf. Letzten November hatte er noch geheime Gespräche über Waffenankäufe mit Rußlands Präsidenten Putin geführt und nur zwei Wochen vor seiner Ermordung auf einer internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau super-linear mit einem Atomkrieg Pjöngjangs gegen die USA gedroht.

Am 30. April 2015 indes wurde er auf dem Gelände der Kangkon-Militärakademie in der nordkoreanischen Hauptstadt vor einer ausgewählten Öffentlichkeit (auch im Beisein seiner Familienangehörigen) durch Flakgeschütze hingerichtet – eine besonders brutale Art, weil auf diese Weise sämtliche Leichenteile zerstört werden. Vorausgegangen war weder ein Beschluß des Politbüros noch irgendein Militärgerichtsverfahren. Ganz offenbar erfolgte der Mord auf direkten Befehl des Diktators Kim Jong-un. Als wichtigste Ursache der Exekution galt der Vorwurf, der

Verteidigungsminister sei bei einer von Kims Reden eingeschlafen. Angesichts des Götzenkults um den Diktator werden schon die kleinste Kritik oder vermeintliche Mißachtung zu einer Art Gotteslästerung. Solche Strafen verhängte in seinen letzten Lebensjahren wiederholt auch Joseph Stalin.

Bekannt wurde das Geschehen am 13. Mai durch eine offizielle Erklärung des südkoreanischen Spionagedienstes „Nationaler Nachrichtendienst“ (NIS). Unerklärlicherweise und im krassen Gegensatz zu allen vorangegangenen Hinrichtungen wurde diese Exekution in sämtlichen Medien Nord-Koreas wochenlang totgeschwiegen. Die dortige Bevölkerung erfuhr die Wahrheit erst durch die Flugblätter aus dem Süden, die schon in den letzten Tagen vor Pfingsten zu Hunderttausenden in den Norden geflogen worden waren. Lediglich am 20. Mai war auf einer Pjöngjanger Propaganda-Webseite zu lesen, Seoul verletze „mit diffamierenden Worten, wie ‚die Terrorherrschaft‘, die höchste Würde [Nord-Koreas]“. Meldungen über die Hinrichtung Hyons seien „Wahnsinn“, „ein nicht zu duldender Hochverrat“. Indes gab es weder eine Be-

stätigung noch ein Dementi. Dabei hätte zur Bloßstellung der südkoreanischen Spionage genügt, Hyon im Staatsfernsehen Pjöngjangs auftreten zu lassen, doch nichts geschah!

Seit jenem 30. April besuchte Kim Yong-un sieben Truppen-Einheiten, anstelle Hyons war dabei stets der Direktor der Politischen Hauptverwaltung der Armee, Hwang Pyong-so, zu sehen. Einen Nachfolger des Hingerichteten gibt es bisher nicht. So verfügt Nord-Korea zwar über eine zahlenmäßig sehr starke Armee, als einziger Staat der Welt aber über keinen Verteidigungsminister.

Seit der letzten Mai-Woche wirbt Pjöngjang verstärkt um deutschsprachige Touristen. Wie viele von ihnen werden wohl Lust haben, das „Paradies“ des Diktators Kim Jong-un zu besuchen?

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Hwang Pyong-so, 2014. Wird er der neue Verteidigungsminister?

## Kommunistische Verbrechen verfolgen

### Europäische Plattform fordert juristische Ahndung

Am 27. Mai 2015 veranstaltete die Plattform of European Memory and Conscience (Europäische Plattform Erinnerung und Gewissen) einen Kongreß mit dem Titel „Justice 2.0“ im Europäischen Parlament in Brüssel. Dabei wurden die Ergebnisse des Projekts „International Justice for the Communist Crimes“ (Internationale Justiz für kommunistische Verbrechen) vorgestellt. Das Projekt konzentrierte sich auf zwei Schwerpunkte: zum einen die Tötungen in der ehemaligen Tschechoslowakei entlang des Eisernen Vorhangs zwischen 1948 und 1989 und zum anderen die Verfolgung, Tötung und Deportation vieler Türken aus Bulgarien zwischen 1984 und 1989. Es wurden verschiedene Fälle vorgestellt.

Vertieft wurde darauf eingegangen, wie die involvierten Personen zur Verantwortung gezogen werden können. Dazu wurde eine Liste hochrangiger noch lebender Personen präsentiert, welche für die Men-

schenrechtsverletzungen verantwortlich sind, sich aber nie vor Gericht haben verantworten müssen. Die Plattform fordert die internationale Gemeinschaft auf, über die Verantwortlichen Recht zu sprechen und eine neue übernationale juristische Institution zu gründen, welche die Täter kommunistischer Verbrechen anklagen soll.

Innerhalb des Programms wurde eine Skulptur der tschechischen Künstlergruppe Poda Bal auf dem Platz vor dem Haupteingang vorgestellt. Dabei wurde auf den Fall Hartmut Tautz eingegangen, der im August 1986 an der tschechisch-österreichischen Grenze von Grenzhunden schwer verletzt wurde. Man ließ ihn aber zunächst liegen und kam ihm erst lange Zeit später zu Hilfe, so daß er an seinen schweren Verletzungen verstarb.

Es schlossen sich verschiedene Vorträge an, in denen die Projekt-Ergebnisse aus

der Sicht der jeweiligen Referenten dargestellt wurden. Zum Ende der Veranstaltung wurde die Dokumentation „Justice 2.0“ gezeigt.

Benjamin Baumgart

### Aufruf

In nahezu jedem Haushalt stehen Krückstöcke und andere Gehhilfen, die die Krankenkassen nicht zurücknehmen. Bitte schicken Sie diese an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). In fast jedem Heim – Kinderheim, Altenheim, Reha – stehen Rollatoren und Rollstühle, die in absehbarer Zeit keine Verwendung mehr finden oder als Hinterlassenschaft nicht abgeholt werden. Bitte überlassen Sie diese der IGFM. Wir bringen sie zu behinderten irakischen Flüchtlingen, die dem IS-Terror entkommen sind, und machen sie mobil. Tel. (069) 42 01 08-0, E-Mail sonderaktion. irak@igfm.de

IGFM

# Vor 70 Jahren eingerichtet: Sowjetische Speziallager

(st)Die sogenannten Speziallager wurden 1945 von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) eingerichtet und bis 1950 betrieben. Offiziell sollten sie auf Grund des NKWD-Befehls 00315 vom 18. April 1945 „feindliche Elemente“ im Hinterland der kämpfenden Roten Armee isolieren. In Bautzen, Sachsenhausen und Torgau wurden darüber hinaus, wenn auch streng getrennt von den Internierten, von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilte inhaftiert.

Nach der Verhaftung folgten zunächst wochen- oder monatelange Verhöre durch das NKWD, meist unter Einsatz

## Speziallager in der SBZ

- Nr. 1 Mühlberg (September 1945 – Oktober 1948)
- Nr. 2 Buchenwald (August 1945 – Februar 1950)
- Nr. 3 Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 – Oktober 1946)
- Nr. 4 Bautzen (Mai 1945 – Februar 1950)
- Nr. 5 Ketschendorf (April 1945 – Februar 1947)
- Nr. 6 Jamlitz (September 1945 – April 1947, vorher Mai 1945 – August 1945 in Frankfurt/Oder)
- Nr. 7 Sachsenhausen (August 1945 – März 1950, vorher Mai 1945 – August 1945 in Weesow)
- Nr. 8 Torgau/Fort Zinna und Seydlitzkaserne (August 1945 – Januar 1947)
- Nr. 9 Fünfeichen (April 1945 – Oktober 1948)
- Nr. 10 Torgau/Fort Zinna (Mai 1946 – Oktober 1948)

Nach der Auflösung mehrerer Lager 1948 wurden (als Speziallager 1, 2 und 3) Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen bis März 1950 weiter betrieben.



Im Speziallager Bautzen. (Künstler unbekannt.)

von Folter. Anschließend mußten in russischer Sprache abgefaßte Verhörprotokolle unterzeichnet werden, deren Inhalt den allermeisten verborgen blieb. Reichten die Vorwürfe nicht einmal für ein Verfahren, wurden diese Personen ohne Urteil in den Speziallagern interniert, nach dem Motto: „Wer verhaftet ist, muß schuldig sein.“ Die Verhaftungspraxis ging so weit, daß Menschen von der Straße weg verhaftet wurden, um das vorgegebene Kontingent an Internierten zu erreichen.

Auffällig war die große Zahl der Jugendlichen zwischen zwölf und 18 Jahren, die ebenfalls verhaftet und interniert oder verurteilt wurden. In der Regel standen sie unter dem Vorwurf, dem „Werwolf“ anzugehören, hatten jedoch niemals Anschläge verübt.

Im Gegensatz zur Internierungspraxis der West-Alliierten wurden in der SBZ schon bald mehr und mehr politisch mißliebige Personen verhaftet und verurteilt, nicht zuletzt durch den Einsatz deutscher Behörden. Die Gründung der 5. Kommissariate der Volkspolizei erfolgte auf Grund eines SMAD-Befehls. Dort arbeiteten viele ehemalige Mitglieder des illegalen Militärapparates der KPD mit dem sowjetischen Geheimdienst zusammen (einer von ihnen war der spätere Minister der Staatssicherheit, Erich Mielke).

Die katastrophalen Lebensbedingungen in den Lagern führten zu einer Sterberate von mehr als einem Drittel aller Inhaftierten. Die Schätzungen der Gesamtzahl der Lagerinsassen bewegen sich bei Historikern zwischen ca. 122 000 und 180 000. Die Hochrechnungen von Zeitzeugen liegen, auf die einzelnen Lager bezogen, meist erheblich über jenen der Wissenschaftler.

Während nach 1990 bei den SMT-Verurteilten mehr als 95 Prozent aller Anträge auf Rehabilitierung durch die sowjetische Militärstaatsanwaltschaft erfolgreich waren, wurde die Rehabilitierungspraxis bei den Internierten bald wieder eingestellt mit der Begründung, wenn keine Verurteilung vorliege, könne auch nicht rehabilitiert werden.

## Aber werden sie denn gut behandelt?

„...NKWD-Personal bewacht die Gefangenen, verwaltet das System. Gegen frühere Nationalsozialisten? Gegen jedermann, der als ‚Staatsfeind‘ verdächtig ist. Oder als ‚Agent einer ausländischen Macht‘. Oder als ‚Klassenfeind‘, als ‚Kulak‘, als sonst etwas... Die Bevölkerung hatte sich vorher schon ihre Gedanken gemacht. Auch über das neue Schweigen. Das abermals erzwungene Schweigen – was die Deutschen anlangt... Ich fragte Ende 1947 und Anfang 1948 Kommunisten, mit denen ich jahrelang in Buchenwald gewesen war, und führende Mitglieder der in der Ostzone herrschenden Einheitspartei, ebenfalls politische Gefangene von einst, was sie von ‚einer derartigen Entwicklung‘ eigentlich dächten. Einige meinten, gefährliche politische Gegner müsse man eben einsperren und unschädlich machen; sie gaben offen zu, daß ihre Methode in diesem Punkt sich von der des Nationalsozialismus nicht unterschied. Wenn sie das ändern auch gesagt haben, möchte ich gerne wissen, warum die Nationalsozialisten über die KZ von 1933 bis 1945 jetzt plötzlich entsetzt sein sollten. Der Unterschied bestehe darin, so wurde mir geantwortet, daß man die Gefangenen nicht

schlecht behandeln dürfe. Aber werden sie denn in den MWD(NKWD)-Lagern vielleicht gut behandelt? Das System scheint in vielem nicht so entsetzlich zu sein, wie es das nationalsozialistische war, es wird zum Beispiel nicht vergast, nicht erwürgt, gehängt und reihenweise erschossen. Aber es ist in jeder Hinsicht schlimm genug... Das ist ja alles übertrieben, sagte man... (Wie dazumal). In der Masse handle es sich nur um unverbesserliche Staatsfeinde (Wie dazumal). Natürlich gebe es Ungerechtigkeiten, aber was könne man gegen die Verfügungen des NKWD tun? (Wie dazumal – gegen die allmächtige Gestapo) Die politisch, religiös und rassistisch Verfolgten des Naziregimes als die berufenen Kämpfer gegen Rechtlosigkeit und Barbarei müssen ihre Stimme erheben, müssen gegen die neuen schreienden Ungerechtigkeiten angehen, überall, in der Welt und in Deutschland, ganz besonders aber den Sowjetrussen gegenüber und in der deutschen Ostzone! Es würde nicht ohne Eindruck, nicht ohne Folgen bleiben.“

(Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt 1946/1959)



# Die nüchterne Wahrheit des Endes

Ansprache von Detlev Putzar auf der Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 am 14. September 2014

Gestatten Sie mir zuvor ein paar private Anmerkungen. Ich spreche als ein ehemaliger Häftling, nicht für die ehemaligen Häftlinge. Obwohl wir zeitweilig Genossen eines Massenschicksals hier im Lager Sachsenhausen waren, erfüllten sich darin Einzelschicksale, je nachdem, wo man in diesem großen Lager saß. Manchmal glaubt man, wenn man Berichte hört, nicht hier, sondern in einem ganz anderen Haftlager gewesen zu sein. Ich möchte meinen Redebeitrag überschreiben „Wie ich Zeitzeuge wurde“, und das begann genau heute vor 69 Jahren. In der Nacht vom 13./14. September 1945 drangen Rotarmisten ins Haus. Sie holten mich aus dem Bett. Die rohe Behandlung ließ mich fürchten, die Nacht nicht zu überleben. Ich war 15 Jahre alt (sechs Wochen vor meinem 16. Geburtstag). Einer von insgesamt 33 angeblichen Werwölfen. Der Jüngste war 13, mein Bruder und ein paar andere 14. Es folgten drei Monate sogenannter GPU-Keller. Nächtliche Verhöre. Schwere Mißhandlungen, deren Folgen bei mir noch lange Jahre in der Freiheit nachwirkten. Militärtribunal. Zehn Jahre Arbeitsstraflager. Neun Monate Zellenhaft in Altstrelitz. Zwölf Mann auf einer Einmannzelle. Ende September 1946 nach Sachsenhausen Zone II. Ostlager. Halbierung der Rationen – logische, also gewollte Folge: Massensterben.

Zeitzeuge ist einer, der, wenn er diesen Ort betritt, Stimmen hört. Stimmen der Schicksalsgefährten, die hier blieben. Er hört ihr seltenes Lachen, ihre letzten Worte. Wer hier einen Freund verlor, konnte nicht in irgendeine Einsamkeit fliehen, nicht alleine sein. In der unausweichlichen Enge der Baracke, in der jede intimste Verrichtung öffentlich war, blieb man mit seinem Seelenschmerz unter Unberührten, denn für alle, die starben, hatte man keine Tränen mehr. Man wußte dabei um die nüchterne Wahrheit seines Endes. Ein nackter Leichnam, der mit anderen wie nichts Besonderes in eine Grube geworfen wird. Ein Bild, das als das der eigenen Zukunftserwartung seinen Schauer und Schrecken nicht verlor.

Heute kommen wir nun wieder an diesen Sterbeort zurück, mancher vielleicht ein letztes Mal, um die so früh Geschiedenen in unseren Herzen auferstehen zu lassen. Wir kommen mit Kränzen und Blumen

zum Gruß an die Toten. Nichts anderes bleibt uns als äußere Handlung zu tun für das innere Lauschen, um die Stimmen der Vergangenheit zu hören.

Auf dem Kommandantenhof liegt der Stein des Gedenkens, der Schluß-Stein einer Massengruft, ein Prüfstein für die Lebendigkeit unserer Verbundenheit mit dem Schicksal der Toten, unter denen unsere Jugendfreunde sind. Es ist der Prüfstein, der es nicht zuläßt zu sagen, die Zeit der Trauer, die Zeit des Erinnerns und Gedenkens ist abgelaufen. Das Bewußtsein, auf einem Massengrab zu stehen, macht demütig. Und ich weiß, keine Worte werden dem tausendfachen Sterben gerecht. Denn das konkrete Hafterleben ist das eine. Ein anderes ist es, daran zu erinnern und öffentlich darüber zu reden. Das Gedenken an die toten Haftgefährten ist auch eine Auseinandersetzung mit dem Bösen, das ihr frühes Ende herbeiführte. Eine Auseinandersetzung mit dem Bösen, das Antrieb beider Systeme war, die für das Massensterben an diesem Ort verantwortlich sind. Wer als Halbwüchsiger monatelang in den Kellern des Bösen, in den langen nächtlichen Verhören die Grenzen des Erträglichen qualvoll überschreiten mußte, begann etwas von einem Sein jenseits der Lebensgrenzen zu ahnen. Und in der grauen Masse der vom Zufall gefügten Männergemeinschaft gab es einige, von denen man lernen konnte, denen man vertraute, die dem der Schulbank noch nicht Entwachsenen Antwort auf intime Fragen gaben. Und man spürte als Junger: Dieser Ältere weiß Bescheid nicht nur im Leben, der weiß auch etwas von einer ideellen, von einer höheren Welt. Die hungernde Kreatur hört ja nicht auf zu denken und zu fühlen und gerade hier, an diesem Ort, wo die Todespforte so weit offen stand, war Gelegenheit, das Wesenhafte, was die Menschen zu Brüdern macht, beim Tod eines Nahestehenden zu ertasten – oder aber trotzig ein übergeordnetes Geistiges mit wegwerfender Handbewegung verneinend abzutun. Gott war ein Substantiv aus Kindertagen. Er war, sollte es ihn doch geben, ein Verbündeter des NKWD, der das Böse duldete, das sich hier im Spezial-Sterbelager konkretisierte.

Sachsenhausen, zweite Zone, Ostlager. Das Tor, das zu ihr führte, ist heute zu-

gemauert. Das war ein Grenzort am Jenseits, wie nicht nur ich es als damals 16-Jähriger bei der Ankunft empfand, und wahrlich keine Waldidylle, als die sie sich heute darstellt. Hohe, weiße Mauern, Bretterwände begrenzten engste Lebensräume. Elektrisch geladener Stacheldraht als greifbar naher Horizont vor einem leeren Himmel. Eine entsetzlich kahle, baum- und pflanzenlose Öde täglich geharkter Sandrabbatten.

In diese Öde drang eines Tages Blasmusik. Sie kam von jenseits der Mauer aus Zone I. Rosamunde. In Abständen über mehrere Tage immer wieder – Rosamunde. Vielleicht auch anderes, was ich vergessen habe. Gerüchte von Entlassungen nährten Hoffnungen. Für Zone II, Ostlager, blieb es eine Latrinenparole.

## Halbseitig gelähmt

Jorge Semprun 2005 in Weimar

„Eine der wirksamsten Möglichkeiten, der Zukunft eines vereinten Europas (besser gesagt, des wiedervereinten Europas) einen Weg zu bahnen, besteht darin, unsere Vergangenheit miteinander zu teilen, unser Gedächtnis, unsere bislang getrennten Erinnerungen zu einen. Der kürzlich erfolgte Beitritt von zehn neuen Ländern aus Mittel- und Osteuropa – dem anderen Europa, das im sowjetischen Totalitarismus gefangen war – kann kulturell und existentiell erst dann wirksam erfolgen, wenn wir unsere Erinnerungen miteinander geteilt und vereinigt haben werden ... Hoffen wir, daß bei der nächsten Gedenkfeier in zehn Jahren, 2015, die Erfahrung des Gulag in unser kollektives europäisches Gedächtnis eingegliedert worden ist. Hoffen wir, daß neben die Bücher von Primo Levi [und] Imre Kertész ... auch die „Erzählungen aus Kolyma“ von Warlam Schalamov gerückt wurden. Das würde zum einen bedeuten, daß wir nicht länger halbseitig gelähmt wären, zum anderen aber, daß Rußland einen entscheidenden Schritt auf dem Weg in die Demokratisierung getan hätte.“

Tatsächlich aber verließen in größeren Schüben Internierte das Lager. Die Landesregierung von Brandenburg widmete diesen Entlassungen von 1948 vor ein paar Jahren eine Tagung. Ich mochte der Einladung dazu nicht folgen, denn im Jahr 1948 lebten von den 33 angeblichen Mitgliedern der Malchower Werwolfgruppe 13 nicht mehr. Vier wurden erschossen, darunter ein Mädchen. Zwei 16jährige Jungen hielten die brutalen Mißhandlungen bei den Verhören nicht mehr aus und hatten sich das Leben



genommen. Sieben weitere jugendliche Malchower waren bis 1948 in Sachsenhausen umgekommen. Bei dieser Bilanz mochte ich die Entlassungen von Internierten nicht feiern.

Wir berühren damit die Frage nach einer möglichen Schuld. Die Entlassenen von 1948 waren einfache Parteigenossen, weniger belastete Mitläufer, Block- und Zellenwarte, Kreisleiter. Man hatte sie nicht zu Werwölfen gefoltert, nicht zu Haftstrafen verurteilt, oft jedoch enteignet. Wir vor der Innenmauer im Ostlager der zweiten Zone waren bei Kriegsausbruch zwischen acht und zwölf Jahre alt und galten 1950 bei der Übergabe an die DDR-Behörden als Kriegsverbrecher, die weiter ihre gerechte Strafe abbüßen sollten. Ich habe dabei den Blick verkürzend auf die Jugendlichen gerichtet. Nimmt man eine bekannte Persönlichkeit aus, einen leitenden Mediziner vom Lazarett, sind mir während meiner Haftzeit keine Kriegsverbrecher begegnet.

werden. Wir lebten ohne Kontakte mit zu Hause, ohne Bücher, ohne jede Tätigkeit, aber nicht ohne Sehnsüchte und Gedanken daran, wie eine bessere als die erlebte Wirklichkeit aussehen müßte. Ein gefangenes, seines Willens und seiner Freizügigkeit beraubtes Individuum erträumt sich Räume, in denen es frei und gefahrlos leben kann. Es entwirft ideale Systeme, die das garantieren, was es entbehren muß. Naive Gedanken, entwickelt zu einer Ordnung aus religiösem Empfinden, aus dem Bedürfnis nach Wahrem und Schönerm. Auf der Suche nach einem System der Freiheit schied gerade dasjenige von vornherein aus, welches sich zuschrieb, Befreiung gebracht zu haben. Es schied deshalb aus, weil es das System war, das uns hier und anderswo jahrelang Gelegenheit bot, an allem Nötigen Mangel leidend und auf wenige Quadratmeter primitivsten Lebensraum beschränkt, ein nutzloses, vom Tod bedrohtes Dasein zu fristen und über die Freiheit nachzudenken. Die Befreiungstheorie gab es zur Zeit



Angst. (Zeichnung von Wilhelm Sprick.)

verurteilt worden waren, denn am dauerhaften Bestehen des Sowjetstaates gab es keine vernünftigen Zweifel. Durch die Übergabe der noch lebenden Häftlinge an die Volkspolizei 1950 haben wirklich Jugendliche, die seit 1945 inhaftiert waren, erst 1954 ihre Freiheit wiedererlangt – ohne je vergessen zu haben, wie vielen Kameraden nicht vergönnt war, wieder heimzukehren.

Unser Gedenken gilt diesen vielen, durch die Haft abgebrochenen Lebenswegen.

Hatte das Leiden an diesem Ort einen Sinn? Es ist dieselbe Frage, ob Geschichte einen erkennbaren Sinn hat. Angesichts der gegenwärtigen ersten Zeitereignisse scheint es nicht möglich, Geschichte als einen Weg zu begreifen, auf dem sich der menschliche Geist zu einer großartigen Vollendung befindet, wie die Antike es sah. Ist, so kann man fragen, seit dem unheilvollen Geschehen hier in Sachsenhausen von 1935 bis 1950, ist nach dem Erleben des Bösen etwas zur Reife gelangt, was sicherstellt, daß die erlebten Formen des Bösen überwunden sind? Es bedarf keiner besonderen Phantasie, sich vorstellen zu können, was sich aus den gegenwärtigen Krisen entwickeln kann. Wir müssen schon wieder erleben, wie labil der Frieden ist.

Ein Zeitzeuge, verehrte Anwesende, ist einer, der nicht nur die Stimmen der Vergangenheit hört. Er vernimmt auch Stimmen, die vor kommenden Gefahren warnen.

Ich wünsche uns, daß uns die Bewusstmachung der Bedeutung dieses Ortes als andere gehen läßt, als die wir gekommen sind.



Foto: uokg

Lagerbegrenzung mit Wachturm in Sachsenhausen (2005).

Wir vegetierten weiter in diesem Vorhof zum Jenseits, seit 1948 mit sinkender Sterblichkeitsrate. Wer das Jahr 1948 überlebte, hatte größere Chancen als bisher, doch noch einmal entlassen zu

meiner Verhaftung 1945 noch nicht. Man sprach damals vom Zusammenbruch, und wir gehörten einem kollektivschuldigen Tätervolk an, das man zu bestrafen gekommen sei, nicht, um es zu befreien. Massengräber und Befreiung sind, so will mir scheinen, nicht kompatibel.

Ich will an diesem Sterbeort nicht sprechen, ohne an die Opfer und Häftlinge der Zeit bis Mai 1945 zu erinnern. Diesen Überlebenden brachte das Kriegsende wirklich die Freiheit. Im Gegensatz zu ihnen, gab es für uns keine Hoffnung auf Befreiung durch eine sich rasch nähernde Front. Für uns lag die Wahrscheinlichkeit nahe, das Strafmaß von zehn bis 25 Jahren erfüllen zu müssen, zu dem wir

## UOKG-Kongreß

Am Sonnabend, dem 10. Oktober 2015, veranstaltet die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft einen ganztägigen Kongreß zum Thema „Sowjetische Speziallager“.

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

(Näheres in einer der nächsten Ausgaben)



# Das Kartell des Schweigens

## Schmuck- und Wertgegenstände aus dem DDR-/MfS-Nachlaß

Von Reinhard Dobrinski

Vor mehr als einem Jahrzehnt wurde mit dem Abschluß eines Dauerleihvertrages zwischen dem Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV) und dem FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e.V. die Idee umgesetzt, die letzten 56 Wertgegenstände aus dem DDR-/MfS-Nachlaß zur Dokumentation von Eigentumseinziehungen bzw. Beschlagnahmen als einmalige Zeitzeugnisse zu bewahren. Von Konfiskationen Betroffene sollten neben den behördlichen Bekanntmachungen durch die Präsentation der Schmuck- und Wertgegenstände auf unserer Homepage unterstützt werden, unter den rechtlichen Voraussetzungen etwaige Rückübertragungsansprüche geltend zu machen.

Aus Gründen, die dem Rundbrief an unsere Vereinsmitglieder zu entnehmen sind ([www.ddr-diktatur.de](http://www.ddr-diktatur.de)), sahen wir uns veranlaßt, in Beratungen mit dem Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BAZD), Rechtsnachfolger des BARoV, und dem Vorstand der ASTAK e.V., Stasi-Museum, eine Lösung anzustreben, die dem Aspekt von Enteignungen in der historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur noch wirksamer Rechnung trägt: Das Stasi-Museum wirkte mit und schloß einen Leihvertrag mit dem Bundesamt für Zentrale Dienste und offene Vermögensfragen.

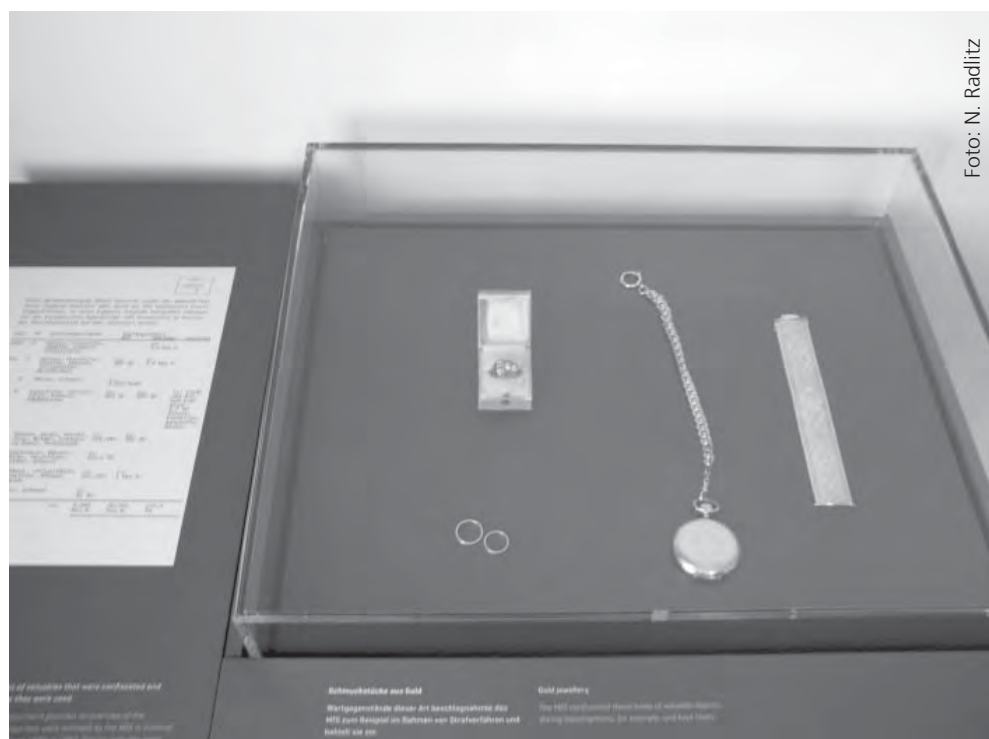
In der am 17. Januar 2015 eröffneten Dauerausstellung des Stasi-Museums konnten dadurch erstmalig einige dieser Schmuckstücke in die museale Darstellung des kollektiven Wirkens von MfS (HA IX), Justiz, Staatsapparat und Kommerzieller Koordinierung (KoKo) bei der Verwertung von Beutegut auf sogenannten NSW-Märkten (NSW – Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) einbezogen werden. Ein dort erstmalig einsehbarer Verteilungsplan der HA IX, Stand 31. Dezember 1987 zeigt, wie sich das MfS aus „...Einziehung und Abverfugung von Edelmetallen, Schmuck, Münzen, Medaillen ... Antiquitäten ...“ seinen Anteil zwies und sich auf diese Weise zusätzliche Devisenquellen neben dem Valutaplan erschloß (BStU, HA IX BKK 844, Pag. 01 ff.).

Daß diese Verwertungserlöse nach Gesetzeslage unmittelbar dem Staatshaushalt zustanden, war für das Untersuchungsorgan und die Abteilung Finanzen des MfS kein Grund, diese „fruchtbringende“ Praxis zu beenden. Eine Empfehlung an Besucher des Stasi-Museums: Widmen Sie auch diesem Sachverhalt ihre Aufmerksamkeit: u.a. zwei Eheringe mit Monogramm lassen das Geschehen ahnen.

Welche Instinkte dieser Devisen-Bypass auslöste, wurde hier bereits in verschiedenen Veröffentlichungen dargestellt. Die Abschirmung dieser Vorgänge nach den tschekistischen Grundsätzen der Konspiration im Hause Mielke regelte die Anweisung Nr. 5/77 vom 11. August 1977 zur Erfassung der Wert- und Geldasservate. Das Regelwerk der Juristen des Untersuchungsorgans schloß aus, daß Nicht-Eingeweihten eine Rückverfolgung zum jeweiligen Vorgang der Eigentumseinziehung möglich gewesen wäre. Die so unter konspirativer Abdeckung angehäuften, nicht dem KoKo-Imperium zugeführten Schmuck- und Wertgegenstände, Münzen, Medaillen, Briefmarken und Geldasservate bedurften beim

Zusammenbruch der DDR kollektiven Handelns der MfS-Auflöser, wie Staatliches Komitee, Stabsgruppe Engelhardt, Militärstaatsanwaltschaft, Ministerium der Finanzen und der DDR-Staatsbank, um Hinterlassenschaften der Repression in Fällen der Kriminalisierung von Kunst- und Antiquitätensammlern, Kleinunternehmern oder Zoll-Beschlagnahmen beiseite zu schaffen. Galt es doch, die rechtliche Nachprüfbarkeit des Strafurteils im konkreten Einzelfall vor dem Hintergrund der Strafprozeßordnung der DDR (Beweisführung, Einziehungsgrund, Untersuchungshaft als Beugemittel...) auszuschließen und die Spuren, die zu den Ermittlern führten, zu verwischen.

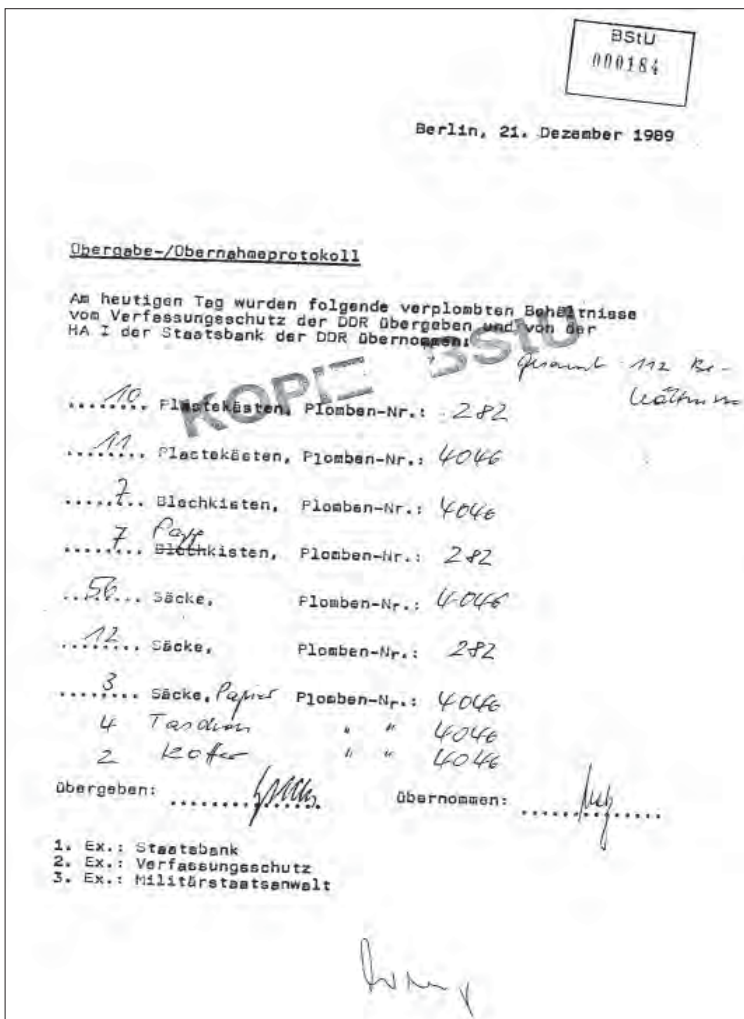
Neben unkontrollierter großzügiger Finanz- und Kreditwirtschaft (Stichwort: Tilgung von IM-Krediten aus Operativgeldern) über den MfS-/AfNS-Sonderhaushalt 1990 gehörte das Beiseiteschaffen der in Kisten, Koffern, Kuriertaschen, Säcken u.ä. angehäuften Beuteguts des MfS in zivile Bereiche und die Rückabwicklung von beschlagnahmten Geldbeträgen in DDR- und Fremdwährung zum damaligen konspirativen „Glücksspiel“. Die Spur zum MfS, das war das kollektive Anliegen



Verteilungsplan und beschlagnahmter Schmuck, ausgestellt im Stasi-Museum.



„Wertintensiver Schmuck“. (Quelle: BStU)



Kisten, Kästen, Säcke, Taschen, Koffer... (Quelle: BStU)

der Verschworenen, mußte um jeden Preis verwischt werden. Belegt sind solche Deals mit Wertasservaten nur wenige Tage vor Weihnachten 1989. Die für das MfS/AfNS folgenschweren Beschlüsse des Zentralen Runden Tisches und die Übernahme der letzten Bezirksverwaltung des Amtes für Nationale Sicherheit Berlin am 15. Dezember 1989 rieten offensichtlich zur Eile. Daß die Zwingburg in der Normannenstraße noch lange unangetastet blieb, konnten selbst Hans Modrow und Gregor Gysi nicht mehr hoffen. Der Hausherr befand sich bereits seit 7. Dezember in der Untersuchungshaft in Rummelsburg.

Am 20. und 21. Dezember waren Militärstaatsanwalt Frank Michalak und der Offizier im besonderen Einsatz (OibE), Detlef Wilberg, die Akteure geheimer Aktionen. Höchstpersönlich vollzog Michalak am 20. Dezember die Übergabe von vier Behältnissen, darunter Aktenkoffer und Kurierbeutel – Inhaltsangabe: „mit wertintensivem Schmuck“ – an die Staatsbank der DDR (BStU, Fin 2459, 222). Ein Problem: Die Empfangsbestätigung des Helfershelfers in der Staatsbank lag dem Vorgang nicht bei (unsere Anfragen dazu blieben seinerseits unbeantwortet).

Am Folgetag war es der OibE, der einen Transport von insgesamt 112 Behältnissen vorgenannter Art vom Mielke-Sitz in der Normannenstraße zum Ministerium der Finanzen (MfF) in der Leipziger Straße auf den Weg brachte (BStU, Fin 2376, 184). Es bedurfte tagelanger Nachinventarisierungen. Nur wußte wegen fehlender Inventarlisten beim Empfänger, in dem Falle Herta König und Dr. Walter Siegert, wohl niemand, was beim Depositar auf den Weg gebracht wurde und was tatsächlich hätte ankommen müssen. Alle unterwarfen sich einem Kartell des Schweigens: Niemand stieß sich daran, daß trotz klarer gesetzlicher Regelungen, herausgegeben durch den Minister der Finanzen der DDR (Edelmetallgesetz und Erste Durchführungsbestimmung vom 12.7.1973, GBl. I Nr. 33) Inventarisierung und vierteljährliche Inventuren die Inventarverzeichnisse nicht lieferten.

Der Erklärung vorbeugend, daß Generalleutnant Günter Möller, inzwischen die neue Amtsbezeichnung „Beauftragter für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS)“ führend, uneingeweiht neben diesen Aktionen stand, bedarf es der Erwähnung seiner aktiven Beteiligung. Mit Schreiben vom 28. Dezember 1989 an die Genossin Minister Uta Nickel (BStU, Fin 2376, 185) erhob er Anspruch darauf, daß AfNS-Mitarbeiter dem Öffnen der Behältnisse mit weißem und gelbem Metall sowie Briefmarken beiwohnen müssen.

Daß diese konspirativen Aktionen der Entsorgung des MfS-Beuteguts im Dunkel gehalten werden konnten, war letztendlich das Verdienst der DDR-Militärstaatsanwaltschaft. Selbst unmittelbar an diesen Aktionen beteiligt und Ankläger in vielen Strafverfahren, darunter der spektakuläre Korruptionsfall um den MfS-Oberstleutnant Günter Wurm 1983, wurde in den nahezu zeitgleich beginnenden Beschuldigtenvernehmungen Erich Mielkes ein Nebenschauplatz bedient – von daher ein Akt der Strafvereitelung im Amt.

In der 14. Vernehmung am 22. Februar 1990, die Spuren des weißen und gelben Metalls waren verwischt, stellt Hauptmann der Kriminalpolizei Neugebauer die Frage nach der Herkunft der Münzen des Geschenkfonds. Sogar die Fundstellen, die Zimmernummern 605 und 607, werden als Gedächtnishilfe genannt und auf seine Mitwirkung hingelenkt: „... von den entsprechenden Einrichtungen [werden ihm] Bilder vorgelegt. Es geht doch um die Klärung der Eigentumsverhältnisse!“ Mielkes Ant-

wort: „Ich habe keine Vorstellungen, ob erste oder 5. Etage. Ich fühle mich nicht in der Lage dazu etwas zu sagen. Ich möchte meinen Rechtsanwalt sprechen.“ (Zitat nach: J. von Lang, Erich Mielke. Eine deutsche Karriere, Rowohlt, Berlin 1991, S. 286).

Das war's dann! Doch waren Ermittlungsbehörde und Vernehmer dem Protokoll nach nicht guten Willens, die Eigentumsverhältnisse mit Hilfe des Inhaftierten klären zu wollen? Eine Scheinhandlung. Denn neben vielen Kultpräsidenten wurden Münzen und Medaillen des Geschenkfonds nach unseren Feststellungen „ordentlich“ über Sonderantrag beim Minister der Finanzen beantragt und bezahlt. Belege über Zuführungen aus Wertasservaten, was naheliegend gewesen wäre, konnten wir nicht recherchieren. Und nach dem „Sturm“ auf die Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990 war das Thema „Asservate“ ein Randthema, wenn überhaupt.

Dennoch konnten durch die HA IX/12 hinter dem Rücken des Bürgerkomitees Geldasservate, Asservate-Nr. 186/89 (Mark der DDR, DM/DBB, Forumschecks), die im Oktober 1989 in Verwahrung genommen wurden, noch am 2. März 1990 in Höhe von 26860,00 DM in bar zur Auszahlung (BStU Fin 2459, 297/298) gebracht werden. Mit der Empfangsquittung des MfS-Mitarbeiters (unleserlich) verliert sich die Spur; der Endempfänger ist nicht ersichtlich. Die Frage, ob mit der Rückzahlung eine rechtswidrige Einziehung in einem einst angestrebten Ermittlungsverfahren annulliert wurde, konnten seinerzeit nur die Ermittler selbst beantworten. Aber warum sollte ausgerechnet die Militärstaatsanwaltschaft als Kontrollorgan der HA IX die Herkunft der Geldasservate offenlegen wollen? Andere Fragesteller gab es leider nicht.

Nicht weniger auffällig sind die ausgehandelten Barzahlungen bei Schadenersatzansprüchen von Geschädigten der Übergriffe vom 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin durch die HA IX. Nach der Rededisposition des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung vom 4. Dezember 1989 (BStU, Fin. 1397, Pag. 17 ff.) drängten Delegierte zum SED-Sonderparteitag die Generalität, die Aufklärung der Übergriffe um den Staatsfeiertag wahrnehmbar in der Öffentlichkeit voranzubringen. Der Schutz vor Strafverfolgung für die Befehlsgeber hatte jedoch Vorrang.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist immer wieder die Pressemitteilung Nr. 21/99 vom 1. März 99 der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin. Die Vorgänge um das Schalck-Golodkowski-Gold (danach schlicht: eine „im Falle der Illiquidität der Zahlungsbilanz der DDR verpfändbare Reserve“), die bei Kunst & Antiquitäten GmbH eingelagerten und in die Tresorverwaltung des Ministeriums der Finanzen verbrachten Nachlässe des MfS werden in einem so wohlwollenden Licht dargestellt, daß dies dem Leiter der HA IX, Generalmajor Rolf Fister, wohl gezeigt haben muß, wie gut er seinen Auftrag erfüllte.

Ein Satz aus der Pressemitteilung verdient Würdigung in der Revolutionsgeschichte: „Zusätzlich hat auch – dem Auflösungsauftrag der damaligen Regierung folgend – das Ministerium für Staatssicherheit in eigener Verantwortung größere Bestände an Wertgegenständen (genannt u.a. 112 Kisten, Säcke, Taschen und Koffer) aus allen Diensteinheiten gesammelt und zwecks Verwertung für die Staatskasse bei der Tresorverwaltung [...] abgeliefert.“

Von der DDR-Militärstaatsanwaltschaft ist eine solche Anerkennung für diese Handlungen im Selbstbedienungsladen DDR

Dienst Einheit	Beleg-Nr.	Sachkonto	Kostenstelle	D-Mark
				26.860,00
<b>Auszahlungs-Anordnung</b>				<b>26.860,00</b>
In Worten <u>Sechszwanzigttausendacht hundert achtzig</u>				
An (Empfänger) <u>HA IX/12</u>				
Begründung der Anordnung <u>Asservate-Nr. 186/89</u>				
			BStU 000297	
Sachlich und rechnerisch richtig		Zur Zahlung angewiesen		Betrag erhalten
<u>Berlin</u>		<u>2. März</u> 1990		
<u>Schulz</u>		<u>[Signature]</u>		<u>[Signature]</u>
Fin. 201 O				

Die Spur verliert sich. (Quelle: BStU)

Hauptabteilung Untersuchung Berlin, 11. 1. 90  
Leiter

BStU  
000336

Abt. Finanzen  
Leiter

**Rückerstattung von Schadenersatzleistungen**

Um die Rückerstattung der vorab durch die Hauptabteilung Untersuchung verauslagten finanziellen Mittel zur Regulierung von Schadenersatzleistungen gegenüber durch Ordnungsmaßnahmen am 7. 10. 1989 und 8. 10. 1989 geschädigten DDR-Bürgern in Höhe von insgesamt

1950,00 M

wird gebeten.


I.N.  
Kopff  
Oberst

Anlage  
3 Blatt

*bas am 22. 1. 90 [Signature]*

Freigekauft? (Quelle: BStU)

durch organisierte Unordnung 1989/90 nicht bekanntgeworden. Sie wußte, daß jeder nur leidlich über Buchführungserfordernisse Informierte die unabweislichen Fragen nach Inventarverzeichnissen bei Übergabe und Übernahme am Mielke-Sitz gestellt und auf einer Klärung der Hintergründe bestanden hätte.

Wer allerdings die Vollständigkeit dessen anerkennt, was dann noch als „Restposten“ in der Tresorverwaltung des Ministeriums der Finanzen angelandet wurde, der setzt sich dem Verdacht aus, von unermeßlicher Gutgläubigkeit beschlichen worden zu sein. Gleiches gilt für die „plausiblen“ Erklärungen zum 21,2-Tonnen-Golddepot Schalck-Golodkowskis. 



## 70 Jahre nach Kriegsende

### Gedenkfahrt zum ehemaligen NKWD-Lager Tost

Seit über zwei Jahrzehnten hält Sybille Krägel die Erinnerung an die Opfer des NKWD-Lagers Tost/Oberschlesien, jetzt Toszek/Polnische Republik, wach. Sie verlor im Lager ihren Vater Hans-Werner Rasmussen, der im sächsischen Hainichen einen Betrieb führte, ohne Urteilsspruch abgeholt wurde und seine sächsische Heimat nie wieder sah. Ähnliches kann man von anderen Opfern berichten, deren Angehörige an der Gedenkfahrt teilnahmen.

Siebzig Jahre nach den schrecklichen Ereignissen in diesem Lager sollte es eine besondere Gedenkfahrt und Gedenkfeier geben. Gemeinsam mit dem Freundes-

kreis der Deutschen in Tost gelang es den Initiatoren, ein sehr anrührendes und emotionales Geschehen an der Gedenkstätte zu organisieren.

Verschiedene Angehörige, inzwischen über achtzig Jahre alt, standen zum ersten Mal in der Nähe des Ortes, an dem der geliebte Vater oder Angehörige ermordet wurde und nahmen in aller Stille Abschied, wohl wissend, daß sie die anstrengende Fahrt, die im Erzgebirge begann, möglicherweise nicht noch einmal werden auf sich nehmen können.

Ich, der ich Heimatforscher bin und keine Angehörigen zu betrauern habe, aber es den Opfern aus dem Erzgebirge schuldig bin, muß zugeben, daß ich mit den Tränen kämpfte, als die Angehörigen feierlich ihre Blumengebinde an der Gedenkstätte niederlegten. Ein besonderer Höhepunkt war die Intonierung der erzgebirgischen Volksweise „S'is Feierohmd“ durch das polnische Orchester der Stadt Toszek.

Größere Politprominenz folgte der Einladung zur Gedenkfeier am 16. Mai 2015 in Tost. Zu nennen sind der

Bundestagsabgeordnete der CDU Helmut Nowak, Sabine Haake als Deutsche Konsulin in Oppeln, Bernard Gaida als Vorsitzender aller deutschen Freundeskreise in Polen, Jacek Brzezinka als Abgeordneter des polnischen Sejm und nicht zuletzt Grzegorz Kupczyk als Bürgermeister der polnischen Stadt Toszek.

Dieser hatte einen weiteren Höhepunkt des Gedenkens organisiert. Gemeinsam mit einigen Stadtverordneten ernannte er Sybille Krägel zur Ehrenbürgerin der Stadt Toszek. Damit erfuhr ihr jahrzehntelanges Wirken eine würdige Ehrung, und sicher war es auch eine politische Referenz an die Opfer des Geschehens im Sommer/Herbst 1945 in Oberschlesien. Gleichzeitig war diese Verleihung der Ehrenbürgerschaft Symbol einer Freundschaft von polnischen und deutschen Bürgern, die sich zu ihrer Verpflichtung gegenüber den Opfern bekennen und sich gemeinsam einer friedlichen Zukunft in Europa stellen.

Es ist zu hoffen, daß man endlich den genauen Ort der Massengräber findet, den Opfern eine würdige und ewige Ruhe verschafft und daß auch in Deutschland den Opfern, die ohne jegliche Verurteilung verschleppt und ermordet wurden, eine gewisse Anerkennung zuteil wird.

Ich finde, Sybille Krägel hat ein großes Dankeschön verdient.

Ludwig Börner



Sybille Krägel und Dolmetscherin Aleksandra Kupczyk (l.).

## Demokratie bleibt Herausforderung

### 19. Bundeskongreß der Landesbeauftragten und der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Auf dem 19. Bundeskongreß bekräftigten die Teilnehmer die bleibende Herausforderung, Demokratie mitzugestalten. Der jährlich stattfindende Kongreß – 2015 unter dem Titel „ÜberWunden. Der Weg zur Einheit. 1945/1990: Anfang und Ende der deutschen und europäischen Teilung – ist die einzige Plattform, auf der Vertreter von über 30 Verbänden aus allen Bundesländern ihre Anliegen austauschen und Forderungen artikulieren.

70 Jahre nach dem Ende des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach Ende der deutschen und europäischen Teilung sind die Wunden, die Krieg und Diktaturen hinterlassen haben, noch längst nicht alle verheilt.

Beklagt wurde die fehlende öffentliche Wahrnehmung des erlittenen Unrechts und daß noch nicht alle Opfergruppen Entschädigungsleistungen bekommen.

In seinem Eröffnungsvortrag im Fürstensaal des Fuldaer Stadtschlusses warnte György Dálos, ungarischer Publizist und früherer Dissident, vor Gefahren für die Demokratie. Eine niedrige Wahlbeteiligung, wie bei den letzten Europawahlen in Ungarn mit lediglich 36 Prozent, bringe historisch tief verwurzelte antidemokratische Tendenzen zum Tragen.

Die Podien und Diskussionen nahmen neben dem europäischen Diktaturenvergleich auch aktuelle Probleme des Transforma-

tionsprozesses in den Ländern Ostmittel- und Osteuropas in den Blick. Dazu trugen auch die Gäste aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Rumänien und Tschechien bei.

Der Kongreß endete am 10. Mai am heibesten Punkt des Kalten Krieges, Point Alpha. Nach einer intensiven Podiumsdiskussion zwischen Markus Meckel, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Prof. James D. Bindenagel, ehemals amerikanischer Botschafter in Deutschland und dem Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst, Dr. Jörg Morré, legten die Teilnehmer am Weg der Hoffnung Blumen für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft nieder. Der 1,5 km lange Kreuzweg mit überlebensgroßen Skulpturen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze ist das größte Denkmal für die Opfer der SED-Diktatur in Deutschland.

Christian Dietrich

## Belter-Dialoge an der Universität Leipzig 2015

Seit acht Jahren gehören die Belter-Dialoge der Universität Leipzig und der Konrad-Adenauer-Stiftung zum festen Bestandteil des Jahresprogramms. Sie erinnern an den Leipziger Studenten Herbert Belter, der nach der Verteilung von systemkritischen Flugblättern 1950 verhaftet, an die russische Besatzungsmacht ausgeliefert und in Moskau am 28. April 1951 erschossen worden ist.

In diesem Jahr standen die Dialoge unter dem anspruchsvollen Thema „Erinnern und Sinn stiften“. In seiner Einführung erinnerte Joachim Klose, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen, an die deutsche Wiedervereinigung vor 25 Jahren, die durchaus auch Verweigerer hervorgebracht hat, die die Friedliche Revolution als Verlust ansahen. Hier handelte es sich überwiegend um Menschen, die den kommunistischen Erlösungsversprechen gefolgt waren. Einer glücklich überwundenen Diktatur stand ein schmerzhaft verlorenes Gesellschaftsbild gegenüber. Wie kann heute im 21. Jahrhundert unsere Erinnerungskultur aussehen, wer gestaltet sie, wie wird sie beeinflusst? Diesen Fragen

gingen die Referenten nach, ohne zu letzten Ergebnissen vorzustoßen.

Der Politologe Klaus Dicke aus Jena beschrieb die neue Erinnerungskultur, die Deutungshoheit über die Vergangenheit, an Beispielen aus dem universitären Leben. Besonderen Wert legte er auf die exakte begriffliche Definition. Der Dresdner Soziologe Karl-Siegbert Rehberg referierte unter dem Titel „Memoria zwischen Stereotypisierung und Reflexion – Erinnerungskultur, Zeitzugenschaft und Historisierung im 21. Jahrhundert“. Hier flossen persönliche Erinnerungen und Erfahrungen mit der DDR ein. Schließlich reflektierte Manfred Rudersdorf (Leipzig) mit den universitären Jubiläumsbänden bzw. den Feierlichkeiten von 2009 seine Sicht. Die städtische Resonanz zum 600jährigen Bestehen der Universität blieb, so Bürgermeister Torsten Bonew, überwiegend gering.

Höhepunkt der Veranstaltung war der Festvortrag von Hans Maier (München), Lehrstuhlinhaber für Christliche Weltanschauung, Religion und Kulturtheorie. Er trug vor über Rituale und Feste in einer

nachreligiösen Gesellschaft: alte und neue Gedenktage, Sterbebücher, die durch Personenstandsverzeichnisse ersetzt werden, über Bestattungsrituale in vielfältigen Formen oder über Festkalender, die sich seit 100 Jahren nur wenig verändert haben. Trotz zunehmender Austritte aus beiden großen christlichen Kirchen stehe der Christenheit kein kämpferischer Atheismus gegenüber. Das war kein optimistischer, aber wohl ein realer Ausblick.

Die Erinnerung an Belter und an weitere Studenten, die ermordet worden sind, blieben diesmal dem Projektor für Bildung, Thomas Hofsäss, und in der Diskussion Werner Gumpel vorbehalten, dessen Buch „Workuta – Die Stadt der lebenden Toten“, rechtzeitig zur Veranstaltung vorlag.



Foto: G. Wiemers

Prof. Dr. Werner Gumpel mit seinem neuen Buch.

Gerald Wiemers


## Tore zur Freiheit

(hs) „Freiheit braucht Verantwortung“, das betonte die Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka in ihrem Vortrag zum Auftakt der Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion vom 5. bis 7. Juni 2015 in Magdeburg. Drei Tage trafen sich ehemalige politische Häftlinge sowjetischer Zwangsarbeitslager und diskutierten unter dem Thema „Tore zur Freiheit. Vor 60 Jahren: Rückkehr aus sowjetischer Haft. Vor 25 Jahren: Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990“ über den Wert der

Freiheit und die Notwendigkeit der Aufarbeitung diktatorischer Systeme.

Landtagspräsident Detlef Gürth hieß die Tagungsteilnehmer in Sachsen-Anhalt willkommen und betonte in seinem sehr persönlichen Grußwort die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Er wies auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diesem Teil deutscher Geschichte für die Existenz von Toleranz und Solidarität in unserer Gesellschaft hin. Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff dankte den ehemaligen Häftlingen für ihr Engagement als Zeitzeugen und würdigte sie als unentbehrliche

Chronisten der Geschichte. Die Mitglieder der Lagergemeinschaft sind bereit, sich der Verantwortung für den Erhalt von Freiheit und Demokratie zu stellen.

Die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung wurden von der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V. und das Bürgerkomitee Magdeburg e.V. unterstützten die Veranstaltung logistisch. 


## 17. Juni – Gedenktag der Opfer des Kommunismus

(ChD) Der Thüringer Landtagspräsident und der Thüringer Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur haben alle Thüringer Bürgermeister gebeten, am 17. Juni in würdiger Form der Opfer des Kommunismus zu gedenken. In dem Schreiben heißt es u.a.:

„Im 25. Jahr der Deutschen Einheit haben sich acht deutsche Landtagspräsidenten die Anregung verschiedener Opferbände und Aufarbeitungsinstitutionen zu eigen gemacht, einen jährlich wiederkehrenden

Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur einzuführen. Der Geschichtsverbund Thüringen – Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat dafür den 17. Juni als Termin empfohlen.

Die Initiative für einen Gedenktag der Opfer kommunistischer Diktatur verstehen wir als Teil der Anerkennung und Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht und zugleich als Würdigung des Engagements für demokratische Freiheiten. Ein Gedenktag lebt von der konkreten Ver-

knüpfung von Erinnerung und Zukunftsgestaltung. In diesem Sinne möchten wir anregen, den diesjährigen Gedenktag zum Anlaß zu nehmen, neben dem Volksaufstand von 1953, aller Widerständler, die sich zwischen 1945 und 1989 für eine Demokratie in unserem Land engagierten, und aller Opfer der SED-Diktatur zu gedenken. In der Thüringer Aufarbeitungslandschaft gibt es viele Vereine und Initiativen, die sich die Aufklärung über den Kommunismus und die SED-Diktatur zum Ziel gesetzt haben.“ 

## Neue UOKG-Wanderausstellung

(uokg) Im Jahr 1945 endete der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg. Mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes und den Plänen der Alliierten zu einer umfassenden Demokratisierung schöpften viele Menschen Hoffnung auf einen Neubeginn.



Doch bald zerbrach die Anti-Hitler-Koalition. Durch Unterdrückung und Terror errichtete die Sowjetische Militäradministration in ihrer Besatzungszone (SBZ) eine Diktatur nach dem Vorbild der kommunistischen Sowjetunion. Die

Staatsgründung der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte 1949 ohne demokratische Legitimation. Die Staatspartei SED regierte über 40 Jahre mit Alleinherrschaftsanspruch. Kritik und Widerspruch wertete das Regime als Angriff auf die herrschende Partei und die sowjetische Besatzungsmacht.

Die Repressionen in SBZ und DDR zwischen 1945 und 1990 waren vielseitig. Zu Leidtragenden wurden meist junge Menschen, die wegen ihrer Einstellung oder Lebensweise in Konflikt mit dem Staat gerieten. Die Ausstellung „Mauer. Gitter. Stacheldraht. Politische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR“ gibt ihnen ein Gesicht. Sie erzählt von den Schicksalen deportierter Frauen und Mädchen, von Internierten in deutschen und osteuropäischen „Speziallagern“, von politischen Häftlingen in DDR-Zuchthäusern, von an der innerdeutschen

Grenze Zwangsausgesiedelten und von den durch die DDR-Staatssicherheit Verfolgten und Inhaftierten.

Die mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte Ausstellung existiert in zwei Varianten:

1. Als 17teilige Bannerausstellung mit den Maßen 1 m × 2 m (Breite × Höhe), die als Wanderausstellung angemietet werden kann.
2. Als 17teiliger Plakatsatz DIN A1, der von interessierten Einrichtungen käuflich gegen eine Schutzgebühr von 10,- Euro, zuzüglich 6,99 Euro Versandkosten, erworben werden kann.

Wenn Sie Interesse daran haben, die Wanderausstellung zu zeigen, wenden Sie sich bitte an folgende Adresse:

UOKG-Geschäftsstelle, zu Hd. Herrn Mitt-rup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail [mitttrup@uokg.de](mailto:mitttrup@uokg.de)

## Stärkere Würdigung gefordert

(dg-mm) Die „Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern“ hat sich anlässlich des 62. Jahrestages der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 mit einem Aufruf an den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin, die Ministerpräsidenten der Länder und weitere politische Prominenz gewandt. Den Opfern der politischen Repression in der DDR bleibe eine angemessene gesellschaftliche und finanzielle Würdigung des wiedervereinigten Deutschlands bis heute versagt.

Die Gruppe hat folgende Forderungen gestellt:

- Anhebung der Opferrente auf 750 Euro monatlich und Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung
- unbürokratische Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden
- Verbot der Leugnung von SED-Unrecht und des Zeigens von DDR-Symbolen
- Schaffung eines neuen Ordens der Bundesrepublik zur Auszeichnung aller anerkannten ehemaligen politischen Häftlinge und Opfer
- Ausbau der Strafvollzugseinrichtungen der DDR, in denen politische Häftlinge

inhaftiert waren, zu Gedenkstätten sowie deren bessere finanzielle Ausstattung

- Gestaltung der Lehrpläne für die Klassen 9 mit ausführlicher Behandlung des Themas DDR

- Wiederaufnahme der Strafverfolgung von SED-Tätern – Aufsehern, Gefängnisleitern, Stasi-Offizieren sowie Richtern und Staatsanwälten, die aus politischen Gründen Andersdenkende verfolgt und inhaftiert haben – und Verbot, Angehörige dieser Personengruppe im Öffentlichen Dienst anzustellen

Der Aufruf ist im Internet unter [www.weg-zur-freiheit.jimdo.com](http://www.weg-zur-freiheit.jimdo.com) zu lesen.

### Suchanzeige

## Gesucht wird die Wasserzelle

(jbb) In seiner Dresdner Dissertation über das Zuchthaus Hoheneck kommt Sebastian Lindner auch auf die Wasserzellen im Keller zu sprechen. Er hat ehemalige Vollzugsbeamte in Hoheneck („Wachteln“) befragt, die die Existenz solcher Zellen rundweg bestritten, und ehemalige

Häftlinge, die aber solche Zellen auch nur vom Hörensagen kannten. In der Facharbeit (2010) der Abiturientin Andrea Hornsteiner am Städtischen Theodolinden-Gymnasium in München im Fach Geschichte wird der Fall einer Häftlingsfrau geschildert, die tagelang in einer Wasser-

zelle eingesperrt war. Bisher konnte die Existenz solcher Zellen zweifelsfrei nicht nachgewiesen werden. Deshalb bitten wir ehemalige Häftlinge von Hoheneck, die entsprechende Erfahrungen gemacht haben, sich bei Sebastian Lindner zu melden, dessen Dissertation unmittelbar vor der Fertigstellung steht:

Sebastian Lindner, Franklinstraße 15, 01069 Dresden, E-Mail [sebastianlindner23@web.de](mailto:sebastianlindner23@web.de)



## Ein Ehrenbürger von Fürstenwalde

Am 20. Mai dieses Jahres wurde Eckhard Fichtmüller, Superintendent i.R. und Vorsitzender der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V., die Ehrenbürgerschaft der Stadt Fürstenwalde verliehen. Geehrt wurden damit insbesondere seine Verdienste um die historische Aufarbeitung der Geschichte des Internierungslagers Ketschendorf sowie die Etablierung der Erinnerung an dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte.

Geboren wurde Eckhard Fichtmüller 1940 in Kloster Zinna. Nach dem Abitur 1959 studierte er an der Humboldt-Universität Berlin Theologie. Dem Staatsexamen 1966 folgten das Vikariat, das 2. theologischen Examen und die Ordination zum Pfarrer. Seine erste Pfarrstelle erhielt er in Grunow, Kirchenkreis Beeskow. Zu seinen Aufgaben gehörte die Gemeinde- und kirchliche Solidaritätsarbeit, später auch das Amt eines Kreisjugendpfarrers. Das Pfarrhaus Fichtmüller, in dem er mit seiner Frau, der Theologin Petra Fichtmüller, und den vier Töchtern wohnte, wurde ein offenes Haus für Besucher, für Ratsuchende und Menschen in Not, ein Haus des Vertrauens.

1980 zog Eckhard Fichtmüller mit seiner Familie nach Fürstenwalde. Er wurde Pfarrer in der Martin-Luther-Gemeinde Fürstenwalde-Süd, Kreisjugendpfarrer,

1993 Superintendent der Gemeinde. 2003 ging er in den beruflichen Ruhestand.

Schon in seiner ersten Pfarrstelle war Eckhard Fichtmüller in vertraulichen Gesprächen mit dem Leiden und Sterben im Lager Ketschendorf in Berührung gekommen. Hier, in Fürstenwalde, begriff er „Ketschendorf“ als Synonym für Leiden, Sterben und Rechtlosigkeit. Bis 1990 leugnete man in der DDR die Existenz eines solchen Lagers. Man leugnete die 10 000 darin ohne Schuldfeststellung eingepferchten Menschen und man leugnete die 4722 Toten, die in Massengräbern verscharrt worden waren.

Im Herbst 1989 erlebte Fürstenwalde die Gründung einer kirchlichen Initiativgruppe. Tausende protestierende Menschen versammelten sich in Offenen Kirchen, Pfarrer Fichtmüller gestaltete besonders einfallsreiche Protestaktionen in seiner Kirche. Die friedliche Revolution hatte begonnen.

Als Vertreter der Kirchlichen Initiativgruppe nahm Eckhard Fichtmüller an den Beratungen des Runden Tisches teil, ein Ort, an dem dann auch sehr bald das dunkle Kapitel der Stadt Fürstenwalde aufgedeckt wurde. Überlebende des Lagers, beharrlich unterstützt durch Eckhard Fichtmüller, setzten die erste

Gedenkveranstaltung für das Lager Ketschendorf und seine Opfer durch, die am 8. Mai 1990 mit 3000 Menschen auf dem Gelände des ehemaligen Lagers stattfand.

Seit seiner Pensionierung übernahm Eckhard Fichtmüller neben vielfältigen Aufgaben in der Kirche ehrenamtliche Tätigkeiten im Land Brandenburg, u.a. in der Härtefallkommission für abgelehnte Asylbewerber. Vor allem aber unterstützte er seit 1990 die Arbeit der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf, deren Vorsitz er 2010 übernahm.

Den Toten ihre Würde wiedergeben – dieser Leitgedanke der Arbeit der Initiativgruppe führte dazu, daß auf dem Waldfriedhof Halbe seit 2004 Steintafeln mit 4621 Namen an die Opfer erinnern. Mit dem Vorsitzenden Eckhard Fichtmüller wurde ein weiteres wichtiges Vorhaben des Vereins verwirklicht: Die Namen und Daten der jetzt erfaßten 4722 Toten des Lagers Ketschendorf wurden in einem Totenbuch verzeichnet, das im November 2014 im Wichern-Verlag erschien.

Die Wirkungsweise Eckhard Fichtmüllers, seine Arbeit und seine Vorhaben festigten die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt Fürstenwalde, dem Landkreis Oder-Spree, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und anderen Partnern.

Christa Breschke

## Abschied

Am 11. Mai 2015 ist Hildegard Johnke, die wohl älteste deutsche GULag-Überlebende, ruhig und in aller Stille von uns gegangen. Sie hat ihre Familie und alle, die sie kannten, in tiefer Trauer zurückgelassen. Am 27. Juni dieses Jahres wäre sie 101 Jahre alt geworden.

Ja, wir trauern um sie. Aber wir gönnen ihr diesen ruhigen Übergang.

Hildegard war eine junge Frau, Mutter von drei noch sehr jungen Söhnen, als sie 1947 in den Nachkriegswirren des damaligen Berlin, wo sie mit ihrer Familie lebte, anlässlich des Überquerens einer Zonengrenze in die Fänge des unmenschlichen sowjetischen Justizapparats geriet und gnadenlos zu den üblichen 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde.

Wenig später fand sie sich mit Hunderten von Leidensgenossinnen in einem überfüllten Häftlingstransport in Rußland wieder. Ziel war das berüchtigtste Strafgelände der Sowjetunion: Workuta – im hohen Norden in der Komi-ASSR an der Eismeerküste gelegen. Hildegard wurde in einem Lager für weibliche politische Häftlinge schier unmenschlichen körperlichen und seelischen Belastungen ausgesetzt: Körperliche Schwerstarbeit in einer Zementfabrik und beim Gleisbau, Permafrost, jahrelang keine Kontakte zu den Kindern und zur Familie, und kein Ende abzusehen...

Unter solchen Bedingungen hat sie durchgehalten, ist sie standhaft und stark geblieben, bis ihr und ihren ebenfalls überlebt habenden Leidensgenossinnen und -genossen die Erfüllung der Vereinbarungen Konrad Adenauers mit der Sowjetunion Ende 1955/Anfang 1956

die Heimkehr ermöglichte. Nun hat sich Hildegard zurückgezogen. Gönnen wir ihr die Ruhe.

Dietmar Bockel

## Berichtigung

(st)In Ausgabe 4/2015, S. 14, wurde bei der Suchanzeige „Forschungsprojekt sucht weitere Zeitzeugen“ eine falsche Kontakttelefonnummer angegeben. Die richtige lautet: (030) 297-611 78.

## Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Brachiale Gewalt gegen Frauen

Als ich Annerose Matz-Donath zum ersten Mal begegnete, hinterließ sie bei mir einen unvergeßlichen Eindruck. Bei einer Anhörung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 1993, die die Politiker aller Parteien im ehemaligen DDR-Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg im Erzgebirge abhielten, berichtete sie zusammen mit elf weiteren ehemals politisch inhaftierten Frauen über ihre

tättribunal wegen „Spionage“ zu 25 Jahren Straf- und Arbeitslager in Sibirien verurteilt worden. „Für mich brach eine Welt zusammen“, so die Autorin. Kein Einzelfall. Mitunter erst 15 bis 17 Jahre alte Mädchen, aber auch junge Mütter wurden ohne Begründung aus der Schule oder von zu Hause abgeholt und verschwand spurlos. Gravierende Strafen von 25, 20 oder zehn Jahren bis hin zur Todesstrafe wurden verhängt. Die Vorwürfe lauteten meist „Spionage“ oder „antisowjetische Propaganda“.

Fast zwölf Jahre war sie in Haft, im Oktober 1994 wurde sie von der Militär-Generalstaatsanwaltschaft in Moskau rehabilitiert. Daran gewöhnt, auch umfangreiche Bücher in zwei bis drei Tagen zu lesen, konnte ich bei der Fülle an Grausamkeiten diese Lektüre nur langsam bewältigen. Das Nachkriegsdokument hat durch die Auswertung von rund 10 000 Seiten an Gesprächsprotokollen einen hohen historischen Wert. Die Autorin war dafür nicht nur in ihre eigene erschütternde Vergangenheit eingetaucht, sondern interviewte 130 Leidensgefährtinnen von etwa 1300 Verschleppten. Für diese äußerst anstrengende Lebensleistung gebührt ihr höchster Respekt.



Foto: E. Thiemann

Hatten sich 2014 beim Treffen des NRW-Kreises der ehemaligen Hoheneckerinnen in einem Kölner Café viel zu erzählen: Annerose Matz-Donath (92, r.) und Petra Sonje (91), zwei der ältesten politischen Häftlinge.

Leidenszeit (siehe Kapitel „Politiker tagen im Zuchthaus“ des Buches „Der Feind an meiner Seite“). Zu dem Zeitpunkt befanden sich dort unter Anstaltsleiter Uwe Höcker noch zahlreiche weibliche Häftlinge mit kriminellen Delikten und Verbrechen aus der Nazizeit. Das ist jetzt 22 Jahre her. Die Haare der ehemaligen Historikerin und Journalistin (92) sind um einige Nuancen heller geworden, der Gang etwas langsamer. Aber Annerose ist hellwach, wenn es um Erinnerungen an die schreckliche Vergangenheit geht. Im Jahr 2000 hatte die 1923 geborene Annerose Matz-Donath die grausamen Erlebnisse der SMT-Verurteilten in einem Buch veröffentlicht. Jetzt ist das Werk in einer überarbeiteten Fassung und mit verändertem Titel neu erschienen: „Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen – Die Spur der roten Sphinx“. So erschüttert ich von ihrem Bericht vor der Enquete-Kommission 1993 war, so gewaltig nahm mich jetzt das 481 Seiten zählende Buch gefangen.

Die 25jährige Annerose Matz-Donath war 1948 ganz plötzlich verhaftet und in Halle von einem Sowjetischen Mili-

Die Tatsachenberichte der Interviewten lassen durch die brachiale Gewalt erschauern. Demütigungen, Schläge mit Peitschen, Ochsenziemern und hochkant gehaltenen Linealen gehörten genauso zum Folterprogramm wie das Wegsperrten in Spinde, das Traktieren mit grellen Scheinwerfern beim Verhör, schwere Wurfgeschosse, Säcke über den Kopf stülpen, Fußtritte, Gewehrstöße in den Rücken oder Pistolenknäufe ins Genick sowie Vergewaltigungen. Schwere Krankheiten bis hin

zum Tod erlebten die zu Unrecht eingesperrten Frauen und Mädchen unter katastrophalen Bedingungen. „Selten mal spürte man eine menschliche Regung, die Menschenwürde wurde tausendfach verletzt“, erinnert sich Annerose. Hinzu kamen entsetzliche hygienische Verhältnisse. Wanzen, Läuse, Ratten gab es en masse. Zellen für ein bis zwei Personen waren mit fünf Frauen belegt. Es gab nur einen Schlafsack für alle. Bestialischer Kübelgestank erfüllte den Raum. Beschimpfungen wie „Faschist“ oder „Wir hoffen, daß du recht bald krepierst“, bekamen sie ständig zu hören. Eine Kameradin schilderte, daß sie spliternackt in den ekelhaft nach Fäulnis stinkenden Wasserkarzer geschlossen worden war. Eine andere hatten sie sogar in ein mit Wasser gefülltes Kellerverlies gesperrt, in dem Ratten herumschwammen.

Im Februar 1950 war Annerose Matz-Donath von Sibirien zur weiteren Strafverbüßung in DDR-Gewahrsam überführt worden. Nach den Abgründen in Sibirien lernte sie nach den DDR-Haftanstalten Halle, Bautzen und Sachsenhausen auch noch die Hölle von Hoheneck kennen.

Was Annerose Matz-Donath auch heute noch in der Erinnerung erschüttert: „Diese Schergen ließen mich vier Jahre lang in dem Glauben, daß meine beiden kleinen Töchter in Moskau seien und dort zu Sowjetbürgern erzogen werden. Ich habe darüber bald den Verstand verloren!“ Die Verletztheit der Frauen ist auf Grund ihrer verlorenen Jugend und des Verlusts sämtlicher Lebenschancen nach wie vor spürbar. „Bei mir wurde zwar zu hundert Prozent eine Kriegsbeschädigung anerkannt, aber bei meinen Kameradinnen trifft das nur auf drei bis fünf Prozent zu“, empört sich Annerose in der ihr eigenen zurückhaltenden Art. Aber in ihren Worten schwingt ein gewisses Maß an Enttäuschung mit, daß zu wenig Verständnis in der Gesellschaft vorhanden ist für die Leiden der Frauen aus dieser Zeit. Das betrifft Personen aller Schichten, Politiker genauso wie Stiftungspersonal, Historiker, Lehrer und, und, und. „Obwohl ich eine finanzielle Förderung für das Buchprojekt erhielt, waren die tatsächlichen Kosten für mich mehr als doppelt so hoch“, erklärt die Autorin. Auffällig, daß sich Verwalter und Verteiler von staatlichen Geldern heute oft als Gönner präsentieren. Anneroses Verständnis hält sich dafür in Grenzen. Vor allem dann, wenn ausgerechnet „Vertreter offizieller Stellen aus Furcht um ihren Job oder wegen möglicher Auseinandersetzungen heute die Täter nicht beim Namen genannt haben möchten“. Wie so oft wird dadurch die Courage mutiger Zeitzeugen automatisch ins Abseits gedrängt.

Ellen Thiemann

.....  
*Annerose Matz-Donath: Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen. Die Spur der roten Sphinx, Lindenbaum Verlag 2014, 481 S., 28,- €*  
 .....

## Veranstaltungen

30.6. (Di), 16.00 Uhr:

„Die geheime Waffenproduktion der Stasi in Suhl“, Archivführung und Lesung in der Reihe „Geschichte lesen“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

30.6. (Di), 19.00 Uhr:

„Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr“, Szenische Lesung, Diskussion mit Stephan Bickhardt, 1989 Mitbegründer v. „Demokratie jetzt“, Ingrid Stahmer, damalige Berliner Sozialsenatorin, Andreas Techel, Evangelische Flüchtlingsseelsorge; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde; Ort: Erinnerungsstätte, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

30.6. (Di), 19.00 Uhr:

„Die Stasi und der KSZE-Prozeß“, Vortrag und Gespräch mit Dr. Douglas Selvage, Projektleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim BStU, und Corinna Kalkreuth, Leiterin der BStU Außenstelle Schwerin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Obotritenring 106, 19053 Schwerin

1.7. (Mi), 18.00 Uhr:

**Die Postkontrolle der Stasi**, Vortrag und Ausstellungseröffnung mit Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstellen Neubrandenburg u. Frankfurt/Oder; Ort: Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

1.7. (Mi), 18.15 Uhr: **Parallelüberlieferung und Korrektiv**. Der „Leiter der Inspektion des Generaldirektors“ beim VEB Simson, Kolloquium, Ref. Dr. Ulrike Schulz, Humboldt-Universität Berlin; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Bibliothek (Eingang Haus 31), Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

1.7. (Mi), 19.00 Uhr:

**40 Jahre Schlußakte von Helsinki**. Die Konferenz, ihre Folgen und die Stasi, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Douglas Selvage, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock (DuG), Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock

1.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Kino im Freijhof **„Jakob der Lügner“**, 1974, DDR/ČSSR, Regie: Frank Beyer; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

## „Hinter vorgehaltener Hand“

(PT) Welchen Stellenwert hat die Denunziation in einer Diktatur? Wie läßt sich das Phänomen beschreiben? Und wie vergleicht es sich durch verschiedene Systeme der neueren Geschichte? Diesen Fragen geht der Sammelband aus der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen nach. Herausgeberin Dr. Anita Krätzer und weitere Autoren analysieren verschiedene Erscheinungsformen von Denunziation sowie Denunzianten und erläutern deren Interaktionen mit dem Staat. Neben der klassischen Denunziation – als Anzeige an eine übergeordnete Instanz – werden auch die Schwerpunkte organisiertes Spitzelwesen, Verrat und Vertrauensbruch, Informationsweitergabe und Zuträgerschaft analysiert, um die Betrachtung des Gegenstandes zu erweitern. Für die DDR-Forschung regt der Band an, die bisher ausschließlich im Fokus stehenden inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit im Kontext von freiwilliger und spontaner Denunziation zu untersuchen. Diese Weitung des Ansatzes auf die Gesellschaft in einer Diktatur verspricht gerade im Hinblick auf den historischen Vergleich wesentliche neue Erkenntnisse.

Die Autoren spannen den Bogen vom Vormärz über den Nationalsozialismus bis hin zur DDR-Zeit, deren Behandlung rund um die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit einen besonderen Schwerpunkt bildet. Der Band ist das Ergebnis des Workshops „Historische Denunziationsforschung: Methoden, Längsschnitte, Vergleichsperspektiven“, der 2012 im Bildungszentrum des BStU in Berlin stattfand.

.....  
Anita Krätzer (Hg.): *Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur Denunziationsforschung, in der Reihe „Analysen und Dokumente“ des BStU, Band 039, Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 180 S., 12,99 €*  
.....



## Uran für die Sowjetunion

(VT-Ir) Erstmals wurde ein fast unerforschtes Kapitel der Nachkriegsgeschichte dargestellt: sowjetische Uranlager in der Tschechoslowakei. Kaum jemand weiß, daß vor allem die Uranvorkommen in Sachsen und Böhmen für die Sowjetunion, spätestens nach dem Atombombenabwurf der Amerikaner im August 1945, von enormer strategischer Bedeutung waren. Die betriebsbereiten Gruben wurden schnell zu sowjetischen Uranförderstätten. Im Erzgebirge wurde damals Weltpolitik entschieden, hier wurde die nukleare Kriegsfähigkeit der Sowjetunion erst hergestellt. František Šedivý schildert, wie Häftlinge unter Lebensgefahr Uran für sowjetische Atomwaffen fördern mußten. In seinem aufrüttelnden Text faßt er die zwölf Jahre seines Martyriums zusammen: Es war ein entrechtetes Dasein in radioaktiv verseuchten Gruben, ein jahrelanges Dahinvegetieren unter katastrophalen Lebensbedingungen und das bewußte

Provozieren körperlicher Schwerstschädigungen in einem menschenverachtenden politischen System.

František Bártik, Historiker und Leiter der Lager-Gedenkstätte Vojna, gibt eine anschauliche Einführung in die Geschichte des Lagerkomplexes.

.....  
František Šedivý: *Uran für die Sowjetunion, Evangelische Verlagsanstalt 2015, 232 S., 9,90 €*  
.....



## Überleben im GULag

Es gibt Bücher, von denen man sagt: „Das müßten eigentlich alle lesen.“ Dies hier ist so ein Buch. Es gehört in die Reihe der zeitgenössischen Literatur, die ankämpft gegen alles, was allgemein und ach so leichtfertig „Ostalgie“ genannt wird. Friedrich-Franz Wieses Buch ist erschienen in einer Zeit, da wir in Deutschland des vor zwanzig Jahren erfolgten Falls der Mauer und damit auch des Endes der DDR gedenken. Unter den zahlreichen Veröffentlichungen, die der friedlichen Revolution 1989 gewidmet sind, ist es eines der wenigen Bücher, die den Beginn des Widerstandes gegen den Kommunismus in den ersten Jahren der sowjetisch besetzten Zone und späteren DDR gewidmet sind. Eine Generation, die bereits in ihren ersten Lebensjahren von der natio-

nalsozialistischen Diktatur grausam betrogen wurde, wollte sich nicht noch einmal vor den Karren einer anderen Diktatur spannen lassen. Und einige unter ihnen wehrten sich. (aus dem Vorwort von Horst Schüler)

.....  
Friedrich-Franz Wiese: *Zum Tode verurteilt! Überleben im GULag, B Verlag & Medien, Rostock 2009, 221 S., 15,- €*  
.....





## Workuta – Stadt der lebenden Toten



(VT) In Leipzig werden in den 1950er Jahren einige Studenten, die später unter dem Namen „Belter-Gruppe“ in die Geschichte eingehen sollten, von der Stasi verhaftet und an die russische Besatzungsmacht übergeben. Sie verschwinden auf Jahre spurlos. Zunächst werden sie

in einem Kellergefängnis des russischen Geheimdienstes NKWD in Dresden eingesperrt, wo sie unter primitivsten Umständen leben müssen. Dort findet

.....  
 Werner Gumpel: *Workuta – Die Stadt der lebenden Toten. Ein Augenzeugenbericht*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2015, 298 S., 19,90 €  
 .....

## Stalins Nomaden



(VT) Die kasachische Hungersnot von 1932/33 war eine der schlimmsten Tragödien des Stalinismus. Doch anders als der ukrainische „Holodomor“ ist sie heute fast vergessen. Diese Gedächtnislücke schließt der Autor Robert Kindler mit seiner innovativen Analyse. In Stalins Sowjetunion durfte es keine Nomaden geben. Sie waren weder politisch noch

.....  
 Robert Kindler: *Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan*, Hamburger Edition 2014, 381 S., 28,- €  
 .....

## Auftrag: Menschenraub



(VT) Auf offener Straße brutal überfallen, in vertrauter Umgebung betäubt und entführt oder durch perfide Täuschungen auf DDR-Gebiet gelockt und rechtswidrig festgehalten. Etwa 400 Menschen teilen ein Schicksal: Sie wurden in den 1950er und

1960er Jahren aus der Bundesrepublik und vor allem aus West-Berlin in die DDR verschleppt und dort inhaftiert. Viele kehrten erst nach Wochen, Monaten

die Untersuchung ihres „Falles“ bei nächtlichen Verhören statt. Nach Monaten erfolgt die Verurteilung zu unvorstellbar drakonischen Strafen. Über das Zuchthaus Berlin-Lichtenberg werden sie nach Workuta, 160 km nördlich des Polarkreises, verbracht, nachdem sie auf mehreren Zwischenstationen die Bekanntschaft mit verschiedenen russischen Gefängnissen gemacht haben.

Der Transport erfolgt unter unmenschlichen Bedingungen in speziellen Gefangenenwaggons. Im Lager erwartet sie schwerste körperliche Arbeit im Kohleschacht und in der Tundra. Schwere Epidemien, wie Hepatitis und Tuberkulose, gehen auch an ihnen nicht vorüber. Das Polarklima und die Arbeit in der Tundra belasten den von Dystrophie geschwächten Körper, doch die Überlebensstrategie des Verfassers dieses erschütternden Berichts siegt über Leid und Elend. Der Tod Stalins im März 1953 leitet eine Wende ein, doch es soll noch zweieinhalb Jahre dauern, bis die fünfjährige Tortur Werner Gumpels ein Ende hat.

ökonomisch kontrollierbar; staatliche Herrschaft ließ sich daher kaum durchsetzen. Deshalb begannen die Bolschewiki Ende der 1920er Jahre damit, die multiethnische Bevölkerung Kasachstans mittels Seßhaftmachung, Kollektivierung und Dekulakisierung zu unterwerfen.

Die Requirierung der landwirtschaftlichen Ressourcen, vor allem der Viehherden, zerstörte die Lebensgrundlagen der kasachischen Nomaden. Die Ökonomie der Steppe brach zusammen. Eine beispiellose Hungerkatastrophe war die Folge, die zwischen 1930 und 1934 mehr als anderthalb Millionen Menschen das Leben kostete und Hunderttausende zu Flüchtlingen machte.

Je größer die Krise, je schlimmer Chaos und Elend waren, desto größer wurde die Macht der Herrschenden, so lautete das Prinzip. Kasachstan war ein Ort des Stalinismus, und Kindlers Analyse führt zum Kern stalinistischer Terrorherrschaft.

oder gar Jahren aus der DDR-Haft zurück. Manche verschwanden für immer. Verantwortlich für die Entführungaktionen war in erster Linie das Ministerium für Staatssicherheit, das anfangs unter Anleitung des sowjetischen Geheimdienstes agierte.

Es ist ein der Öffentlichkeit weitgehend unbekanntes Kapitel der deutschen Teilungsgeschichte.

.....  
 Susanne Muhle: *Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, in der Reihe „Analysen und Dokumente“ des BStU, Band 042, Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 678 S., 49,99 €*  
 .....

## Veranstaltungen

2.7. (Do), 17.30 Uhr: **„Gitarren statt Knarren“**. Udo Lindenberg und seine Fans im Visier der Stasi, 17.30 Uhr Ausstellungseröffnung „Mit dem Sonderzug nach Pankow – Udo Lindenberg in Ost-Berlin“; 18.30 Uhr: Zeitzeugengespräch „Sonderzug in den Palast der Republik – Das Lindenberg-Konzert 1983“; 19.45 Uhr: Diskussion mit Schülern „Die junge Generation und das Thema Stasi“; 20.30 Uhr: „Die Akte Lindenberg“, Filmvorführung, NDR 2011; Veranstaltung d. BStU, Astak e.V. u.a.; Ort: Ehemalige Stasi-Zentrale Berlin-Lichtenberg, Stasi-Museum, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

2.7. (Do), 18.00 Uhr: Projektpräsentation des Schüler-Freizeit-Projektes **„angeekct“**. Schülerperspektiven auf die Dresdner Stasi-Haft; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

7.7. (Di), 15.00 Uhr: **Stasi-Akte spezial**. Briefe an die Stasi, Archivführung u. anschließend Lesung aus Stasi-Akten „Briefe an die Stasi“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

7.7. (Di), 18.00 Uhr: **Kuba – Das Ende der Diktatur?** Der kubanische Bürgerrechtler Antonio Rodiles berichtet live aus Havanna via Telefon; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5–7, 10178 Berlin

8.7. (Mi), 21.30 Uhr: Kino im Freihof **„Die Fälscher“**, 2007, Österreich/Deutschland, Regie: Stefan Ruzowitzky; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

11.7. (Sa), 18.00 – 01.00 Uhr: **Museumsnacht Dresden**. Mit Zeitzeugengesprächen, Spurensuche für Familien, die Dresdner Stasi im O-Ton, Kunst und Kunze und ihre subversive Bedeutung in der DDR, Mitternachtsfilm „Der geteilte Himmel“ u.a.; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

14.7. (Di), 18.00 Uhr: **Medizin nach Plan**. Das Gesundheitswesen der DDR, Podiumsdiskussion mit Dr. med. Sabine Bergmann-Pohl, Ärztin, Bundesministerin A.D., Dr. med. Rainer Erices, Prof. Dr. med. Jürgen Kleditzsch, Arzt, 1990 Minister für Gesundheitswesen der DDR, Dr. med. Winrich Mothes, Arzt, Ehrenpräsident d. Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin



## Ein Piratenstück

15.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Kino im Freihof „**Sophie Scholl – Die letzten Tage**“, 2005, Deutschland, Regie: Marx Rothemund; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

21.7. (Di), 18.00 Uhr:

„**Nikolai Bucharin: Stalins tragischer Opponent**“, Autor Wladislaw Hedeler stellt multimedial sein 2014 erschienenes Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkstätte zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkstätte Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

22.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Kino im Freihof „**Der Vorleser**“, 2008, USA/Deutschland, Regie: Stephen Daldry; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

29.7. (Mi), 21.30 Uhr:

Kino im Freihof „**Am Ende kommen Touristen**“, 2007, Deutschland, Regie: Robert Thalheim; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

2.8. (So) 11.00 – 14.40 Uhr:

Moderierte **Schiffstour zu Mauerschichten** auf den Berliner Wasserstraßen; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.d. Stern- u. Kreisschiffahrt Berlin; Ab- und Anfahrthafen Trepptow; Fahrpreis 22,- Euro p.P.; Karten über Tel. (030) 53 63 60-0

4.8. (Di), 15.00 Uhr:

**Stasi-Akte spezial.** Wie sich die Stasi heimlich Wohnungsschlüssel beschaffte; Archivführung u. anschließend Lesung aus Stasi-Akten „Wie sich die Stasi heimlich Wohnungsschlüssel beschaffte“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt; Ort: Außenstelle Erfurt, Petersberg Haus 19, 99084 Erfurt

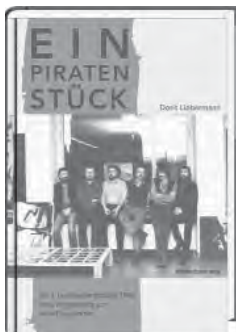
4.8. (Di), 18.00 Uhr:

**Und der Westen schwieg.** Die SBZ/DDR 1945–1975, Erlebnisse, Berichte, Dokumente, Buchpremiere mit Autor Jochen Stern, Schauspieler, Jurist und ehemaliger Bautzen-Häftling, u. Detlef W. Stein, Leiter OEZ-Verlag Berlin; Veranstaltung d. Gedenkstätte zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkstätte, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

8.8. (Sa), 10.00 Uhr:

**Unterwegs im Stasi-Revier,** Führung über das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Archiv der Zentralstelle, Treffpunkt Eingang Haus 7, Ruschestra. 103, 10365 Berlin; bitte rechtzeitig anmelden unter Tel. (030) 23 24 66 999, Fax (030) 23 24 66 19, E-Mail archivfuehrungen@bstu.bund.de

(VT)1913 organisierte Herwarth Walden den „Ersten Deutschen Herbstsalon“. Einundsiebzig Jahre später gab es den „1. Leipziger Herbstsalon“ als Reaktion einer Künstlergruppe auf eingeschränkte Ausstellungsmöglichkeiten in der DDR. Um die zehntausend Besucher kamen im November 1984 in das Messehaus am Leipziger Markt, um die halblegale Aus-



stellung neuer, unangepaßter Kunst zu sehen. Selbstbewußt wollten sechs Künstler damit verkrustete Strukturen aufbrechen und zeigen, daß auch andere künstlerische Formsprachen in der DDR existierten als die parteipolitisch geförderte und propagierte.

Mit dem „1. Leipziger Herbstsalon“ gelang ihnen ein „Piratenstück“, eine Täuschung der Bürokratie. Partei- und Verbandsfunktionäre versuchten vergeblich, die Ausstellung zu verhindern. Ein Jahr später wurde sie als „konterrevolutionär“ abgestempelt. Doris Liebermann hat die Geschichte des ungewöhnlichen Kunstprojektes aufgeschrieben. Grundlage waren u.a. Gespräche mit den Protagonisten Günther Huniat, Hans-Hendrik Grimmling, Lutz Dambeck, Frieder Heinze, Olaf Wegewitz und Günter Firit sowie Archivmaterial.

.....  
*Doris Liebermann: ein Piratenstück. Der 1. Leipziger Herbstsalon 1984, seine Vorgeschichte und seine Protagonisten, Mitteldeutscher Verlag, Halle/S. 2014, 376 S., 24,95 €*  
 .....

## DDR-Heft erschienen

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel“ hat zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 in seiner Reihe „Geschichte“ eine Ausgabe „Die DDR. Leben im sozialistischen Deutschland“ (139 Seiten, 7,80 Euro) veröffentlicht, die an jedem Kiosk zu kaufen ist. Für uns Ex-Häftlinge ist besonders Seite 79 mit dem Titel „Staatsfeindinnen kleinhalten“ wichtig. Dort ist ein Interview abgedruckt mit dem Dresdner Historiker Sebastian Lindner, der an einer Dissertation über den Strafvollzug im Zucht-

haus Hoheneck arbeitet. Weitere Themen in diesem Heft: „Der Reiß. Die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann“, „Den Charakter korrigieren. Im ‚Jugendwerkhof‘ Torgau ging es zu wie im Knast“ und „Unbelehrbare Feinde“. Was die Stasi über die Oppositionsgruppen wußte“.

Jörg Bernhard Bilke

### Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz am 5. Juli, Hartmut Rührdanz am 7. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Irene Gobreit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munki am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Göрге-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Heinz Keller am 29. Juli, Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August,



### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist, Mo–Fr, 10–12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail baumgart@uokg.de

Carola Schulze, Mo–Fr, 12–14 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo–Fr, 14–16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
 Tel. (030) 57 79 92 01  
 Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr  
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr  
 Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Ingeborg Arndt, Joachim Bergter, Hans-Joachim u. Lisa Elli Berndt, Horst Birkholz, Klaus Bohlken, Brandau-Jäckel, Ursula Brückner, Gerold v. Busse, Erna Carbow, Dr. Gottfried Dutschke, Martha u. Hannelore Enigk, Peter Feige, Gerhard Willy Glaubig, Werner Grose, Prof. Werner Gumpel, Dieter Hannß, Werner Henning, Aribert u. Rosemarie Holk, Werner Keller, Horst Kluge, Rolf u. Sonja Koch, Brigitte Edith Kröger, Clemens Fritz Krüger, Ingeborg Kuhne, Gerd Kukoschus, Rolf u. Ruth Lohse, Hella Meißner, Peter E. Müller, Dr. Jens Nielsen, Dietrich Nolte, Horst Opitz, Andreas Pfeiffer, Bodo Platt, Günter Prescher, Eike Christine Radewahn, Rolf Raible, Günter Schumacher, Sylwester Seraczek, Manfred Smala, Siegfried Stoy, Gabriele Streckfuß, Michael Manfred StriB, Martin Taatz, Kasimir Tomaszke, Günter Völkel, Erich Vorbeck, Dieter Weise, Günther Wetzlauk

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110  
Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

Die Vergangenheit ist ein Schlachtfeld der gegenwärtigen Politik.

Vilém Precan

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
**BSV-Förderverein für Beratungen**  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner  
Vorstandsbeauftragte:  
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

\*13017#000#0412\*

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESTIFTUNG AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Juni 2015

